

OA-Update 2023/14 | Stand: 14. September

# Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das neue Update ist randvoll mit den wichtigsten Sanktionsmeldungen der vergangenen vier Wochen. Besonders hinweisen möchten wir Sie auf den Leitfaden für Unternehmen, mit dem die EU das Risiko der Sanktionsumgehung minimieren möchte. Angesichts der bestehenden Sorgfaltspflichten für die Umsetzung tausender von EU-Sanktionen gegen Russland sind Unternehmen dankbar für eine klare Orientierungshilfe. Ob die knapp sieben Seiten, die die EU jetzt veröffentlicht hat, hier wirklich zufriedenstellen können, ist aber fraglich.

Für einigen Wirbel sorgt die Europäische Kommission derzeit mit einer neuen FAQ zur Einreise russischer Staatsbürger in die EU. Sollten diese mit dem Auto einreisen, dürfte dieses nun immer öfter gepfändet werden. Dies könnte auch für weiteren Besitz wie Laptops, Smartphones, oder Kleidung gelten. Die Baltischen Staaten haben mit Blick auf die EU-Regel nun sogar erklärt, Einreisen mit dem Auto ganz zu verbieten. Kritik kommt von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Es wird befürchtet, dass derartige Regelungen zu einem Ansehensverlust der EU führen und russischen Oppositionellen die Flucht aus Russland zusätzlich erschwert. Eine neue FAQ ist auch zum Thema des Verbots russischer Stahl- und Eisenimporte erschienen, das zum 30. September ausgeweitet wird und neue Nachweispflichten mit sich bringt.

Hier alle aktuellen Themen in der Übersicht:

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)



## 1. Ost-Ausschuss

---

### **Deutscher Handel mit Russland geht stark zurück**

Im Vergleich zum Vorjahr sank der deutsch-russische Handel laut den durch den Ost-Ausschuss ausgewerteten Zahlen des Statistischen Bundesamts in den ersten sieben Monaten 2023 um 23 Milliarden Euro auf nur noch 8,3 Milliarden Euro, ein Minus von 76 Prozent. Dabei ging der deutsche Import aus Russland um 90 Prozent auf nur noch 2,7 Milliarden Euro zurück, während die deutschen Exporte nach Russland um 40 Prozent auf 5,6 Milliarden Euro sanken. Unter den deutschen Handelspartnern weltweit ist Russland binnen eines Jahres von Rang 14 auf Rang 36 abgerutscht.

### **Lage deutscher Unternehmen in Russland**

Lageberichte deutscher Unternehmen aus Russland standen am 7. September erneut im Mittelpunkt der Ost-Ausschuss-Reihe Business4Business. Der Vertreter eines Chemieanlagenbauers berichtete vor rund 150 Online-Teilnehmern über den mühseligen Weg, seine Repräsentanz in Moskau zu schließen. Herausforderungen stellen dabei insbesondere die Kündigungen von Beschäftigten, die Veräußerung von Fahrzeugen, Technik und Möbeln sowie die Kündigung von Verträgen dar. Zudem sind strenge Anforderungen an die Archivierung von Unterlagen zu erfüllen.

Über die Probleme der Lieferung von Medikamenten und Hilfsstoffen berichtete ein Vertreter der Pharmaindustrie, deren Tätigkeit in Russland aus humanitären Gründen bewusst nicht sanktioniert ist. Dennoch stößt die Lieferung von Fertigmedikamenten und Inhaltsstoffen für die Produktion in Russland wegen der Sanktionen im Logistiksektor und gegen Hilfsstoffe und Packmaterialien auf erhebliche Probleme und erfordert teils lange Genehmigungszeiten durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle BAFA. Das Marketing erfolgt in Russland nur noch direkt über Ärzte und Krankenhäuser, während TV-Werbung eingestellt wurde. Über die russischen Gegensanktionen bei der Veräußerung von Tochterunternehmen, dem Gewinntransfer und der temporären Verwaltung informierte abschließend ein deutscher Rechtsanwalt aus Moskau. Dabei konnte er auch berichten, dass deutsche Unternehmen vor russischen Gerichten Recht bekommen können, wenn es um Schadensersatzklagen russischer Geschäftspartner wegen der Nichterfüllung von Verträgen geht. Westliche Sanktionen können in Russland als höhere Gewalt anerkannt werden.

## 2. Deutschland

---

### **Eisen- und Stahlprodukte russischen Ursprungs: Verbot greift ab 30. September**

Ab dem 30. September greift ein erweitertes Einfuhrverbot für Stahl- und Eisenprodukte aus Russland in die EU. Das Verbot gilt auch für Stahl- und Eisenerzeugnisse, die in einem Drittland unter Verwendung russischer Vorprodukte hergestellt wurden. Bezüglich der notwendigen Nachweisdokumente gab es einige Unklarheiten unter betroffenen Unternehmen. Die Maßnahme hat Auswirkungen auf verschiedene Branchen, die Stahl- und Eisenerzeugnisse verwenden, darunter die Automobilindustrie, die Luft- und Raumfahrt, die Rüstungsindustrie und der Maschinenbau. Am 12. September hat die EU neue FAQs zum Thema veröffentlicht, die auf der Sanktions-Webseite des deutschen Zolls folgendermaßen zusammengefasst werden:

#### *Einfuhrverbot für Eisen- und Stahlerzeugnisse*

*Es ist verboten, Eisen- und Stahlerzeugnissen nach Anhang XVII der VO (EU) Nr. 833/2014 einzuführen, zu kaufen oder zu befördern (Art. 3g Abs. 1 Buchstaben a) - c) VO (EU) Nr. 833/2014).*

*Gemäß Art. 3g Abs. 1 Buchstabe d) VO (EU) Nr. 833/2014 ist es ab dem 30. September 2023 verboten, die in Anhang XVII VO (EU) Nr. 833/2014 aufgeführten Eisen- und Stahlerzeugnisse unmittelbar oder mittelbar in die Union einzuführen oder zu kaufen, wenn sie in einem Drittland unter Verwendung von Eisen und Stahlerzeugnissen gemäß Anhang XVII VO (EU) Nr. 833/2014 mit Ursprung in Russland verarbeitet wurden.*

*Für in Anhang XVII VO (EU) Nr. 833/2014 aufgeführte Erzeugnisse, die in einem Drittland unter Verwendung von Stahlerzeugnissen des KN-Codes 7207 11 oder 7207 12 10 oder 7224 90 mit Ursprung in Russland verarbeitet wurden, gilt dieses Verbot ab dem 1. April 2024 für den KN-Code 7207 11 und ab dem 1. Oktober 2024 für die KN-Codes 7207 12 10 und 7224 90.*

*Nach Art. 3g Abs. 1 Buchstabe d) VO (EU) Nr. 833/2014 muss zum Zeitpunkt der Einfuhr ein Nachweis über das Ursprungsland der Eisen- und Stahlvorprodukte, die für die Verarbeitung des Erzeugnisses in einem Drittland verwendet wurden, für die Zollbehörden bereitgehalten werden. Der Nachweis ist vorzulegen, wenn die Zollstelle es im Einzelfall verlangt.*

*Als geeignete Nachweisdokumente können neben den von der Kommission der Europäischen Union vorgeschlagenen sog. Mill Test Certificates unter anderem auch Rechnungen, Lieferscheine, Qualitätszertifikate, Langzeitlieferantenerklärungen, Kalkulations- und Fertigungsunterlagen, Zolldokumente des Ausfuhrlandes, Geschäftskorrespondenzen, Produktionsbeschreibungen, Erklärungen des Herstellers oder Ausschlussklauseln in Kaufverträgen anerkannt werden, aus denen der nicht-russische Ursprung der Vorprodukte hervorgeht.*

#### [Zoll online - Russland](#)

Weitere Informationen dazu sind im folgenden Link in den FAQs, insbesondere in der Nummer 11, zu finden.

[Frequently asked questions on the import, purchase & transfer of listed goods concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it \(europa.eu\)](#)

Da europäische Unternehmen durch die Neuregelung zu Eisen- und Stahlvorprodukten eine Benachteiligung gegenüber Unternehmen etwa aus den USA, Japan und Großbritannien befürchten, in denen keine solchen Nachweispflichten verlangt werden, hat Business Europe sich mit einem Positionspapier die EU-Kommission gewandt, das beim Ost-Ausschuss abgerufen werden kann. Business Europe appelliert an betroffene Unternehmen, Ihre Erfahrungen in der Praxis mit der Neuregelung zu schildern, damit die EU-Kommission weiter auf bestehende Probleme hingewiesen werden kann.

Gerne können Sie dazu Ihre Beobachtungen sowie Hinweise auf weiter bestehende Probleme mit der Sanktionsumsetzung mit dem Ost-Ausschuss teilen.

-----

### **Treuhandverwaltung für Rosneft Deutschland wird verlängert**

Die Bundesregierung hat die Treuhandverwaltung für die ostdeutsche Ölraffinerie PCK Schwedt um sechs Monate bis zum 10. März 2024 verlängert, dies berichtet OstInsider Daily. Als Grund für die Verlängerung der Treuhandverwaltung der PCK-Eigentümer Rosneft Deutschland (RDG) und der RN Refining & Marketing (RNRM) nannte die Bundesregierung die Sicherung der Energieversorgung.

„Mit der Verlängerung der Treuhandverwaltung wird einer weiterhin drohenden Gefährdung der Energieversorgungssicherheit begegnet. Die Anordnung gewährleistet insbesondere die Versorgung der Bundesländer Berlin und Brandenburg und sichert weiter die Zukunftsfähigkeit des Standorts Schwedt“, erklärte das Bundeswirtschaftsministerium zur Entscheidung.

Damit bleibt die Bundesnetzagentur Treuhänderin. Auf sie gehen laut Ministerium wie bisher die Stimmrechte aus den Geschäftsanteilen der Rosneft Deutschland über und damit auch die jeweiligen Anteile in den drei Raffinerien PCK Schwedt, MiRo (Karlsruhe) und Bayernoil (Vohburg). Rosneft Deutschland vereint der Pressemitteilung zufolge insgesamt rund 12 Prozent der deutschen Erdölverarbeitungskapazität auf sich und ist damit eines der größten erdölverarbeitenden Unternehmen in Deutschland.

Die Verlängerung der Treuhandverwaltung erfolgt aufgrund des Energiesicherungsgesetzes. Das Gesetz sieht vor, dass ein Unternehmen, das kritische Infrastruktur im Sektor Energie betreibt, unter Treuhandverwaltung gestellt werden kann, wenn die konkrete Gefahr besteht, dass ohne eine Treuhandverwaltung das Unternehmen seine dem Funktionieren des Gemeinwesens im Sektor Energie dienenden Aufgaben nicht erfüllen wird und eine Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit droht.

Der deutsche Staat hatte im vergangenen Herbst die Kontrolle über die deutsche Tochter des russischen Rosneft-Konzerns übernommen.

-----

### **Baerbock enttäuscht von Wirkung der Russland-Sanktionen**

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat sich laut dpa enttäuscht von der Wirkung der Sanktionen gegen Russland wegen des Angriffskriegs gegen die Ukraine gezeigt. „Eigentlich hätten wirtschaftliche Sanktionen wirtschaftliche Auswirkungen. Das ist aber nicht so. Weil eben die Logiken von Demokratien nicht in Autokratien greifen“, sagte die Grünen-Politikerin in einem Interview mit dem Journalisten Stephan Lamby. „Wir haben erlebt, dass mit rationalen Entscheidungen, rationalen Maßnahmen, die man zwischen zivilisierten Regierungen trifft, dieser Krieg nicht zu beenden ist.“ Lamby hat das Interview nach eigenen Angaben am 10. Juli dieses Jahres für ein Buchprojekt geführt.

-----

### **Neue Studie zur Wirkung der Russland-Sanktionen**

Eine neue Studie aus Nordamerika zeigt, wie Russland und der Westen unter Sanktionen leiden und China, Indien und die Türkei dagegen von der Enthaltung profitieren. Dies berichtet die Berliner Zeitung. Experten der kanadischen Zentralbank sowie der Washington University und der North Carolina State University würden in der Studie feststellen: Sanktionen wirken sich sowohl auf Russland als auch auf die sanktionierenden Länder negativ aus.

Die Studie mit dem Titel „Internationale Wirtschaftssanktionen und die Auswirkungen auf Drittländer“ wurde von der kanadischen Zentralbank veröffentlicht. Ökonomen bewerten darin auch Negativefolgen der Länder, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben. Demnach ergeben sich sowohl für das sanktionierte als auch für das sanktionierende Land erhebliche Wohlfahrtsverluste. Sofern sich ein Drittland den Sanktionen anschließt, verschärfen sich diese Verluste zusätzlich. Das Drittland verliert jedoch nichts, wenn es sich nicht den Sanktionen anschließt. Ganz umgekehrt: Es profitiert von der Nichtunterstützung der Sanktionen.

Die Prognose der Ökonomen beruht nach Angaben der Berliner Zeitung auf einem eigens entwickelten Modell. Im Mittelpunkt der Analyse stehen das Verhalten und der Einfluss von Drittstaaten auf die Wirksamkeit verhängter Sanktionen. Sanktionierende Länder sind dabei die USA, die EU und das Vereinigte Königreich. China, Indien und die Türkei werden beispielsweise als Drittländer behandelt. Zudem gehen die Autoren von drei Arten von Sanktionen aus: Export- und Import-Sanktionen, Finanzsanktionen und Gasembargos. Sanktionen gegen russische Banken und deren Abkopplung von Swift werden im Modell nicht berücksichtigt.

Die Ökonomen schätzen, dass Russlands Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf bei einer gleichzeitigen Einschränkung des Handels mit Konsumgütern zwischen Russland und dem Westen, der Isolierung russischer Bürger vom internationalen Finanzmarkt und der Einstellung europäischer Käufe von russischem Gas „nur“ um vier Prozent sinke. Es würde

aber um ganze neun Prozent sinken, sobald die größten Drittländer den Handel mit Konsumgütern mit Russland einschränken und die russischen Bürger vom internationalen Finanzmarkt isolieren würden.

Im Hauptszenario – gleichzeitige Anwendung von Russland-Sanktionen im Westen, keine Sanktionen durch Drittländer – sinkt auch das Pro-Kopf-BIP der sanktionierenden Länder, und zwar um 0,8 Prozent im Vergleich zum hypothetischen Zustand ohne Sanktionen. Und wie profitieren die Drittländer? In China, Indien und der Türkei steigt das Pro-Kopf-BIP in diesem Fall um 0,4 Prozent.

Bericht:

[Neue Studie: So lohnt sich die Nicht-Unterstützung der Russland-Sanktionen \(berliner-zeitung.de\)](https://www.berliner-zeitung.de)

Originaltext der Studie:

[International Economic Sanctions and Third-Country Effects \(bankofcanada.ca\)](https://www.bankofcanada.ca)

-----

### **Bundesbank tauscht jetzt russische ADRs um**

Wer in russische Unternehmen wie Gazprom, Lukoil oder Sberbank über ADRs investiert ist, dem droht im schlimmsten Fall ein Totalverlust. Die Bundesbank hat nun einen möglichen Ausweg aufgezeigt, schreibt das Handelsblatt in einem Beitrag. Konkret geht es um Hinterlegungsscheine auf russische Aktien, sogenannte ADRs. Diese werden stellvertretend für die Aktien an der Börse gehandelt. Herausgegeben werden sie von US-Banken, die dafür die Originalaktien in einem Depot bei einer russischen Bank gelagert haben. Infolge des Ukrainekriegs und der damit verbundenen Sanktionen hat Russland aber viele dieser ADR-Programme für westliche Investoren beendet. Wollen diese einen Zwangsverkauf verhindern, müssen sie die ADRs in tatsächliche Stammaktien umwandeln. Das war für deutsche Anleger allerdings lange kaum möglich. „Im Juni hat die EU aber im Rahmen ihres elften Sanktionspakets die Hürden für die Umwandlung von russischen ADRs in Stammaktien gesenkt“, sagt Kolley-Feser. Broker, Finanzinstitute und Verwahrer dürfen mittlerweile eine Genehmigung für den Umtausch russischer ADRs beantragen. Die Bundesbank hat nun bekannt gegeben, wie das in Deutschland möglich ist. Demnach können Genehmigungsanträge für die Umwandlung von ADRs gestellt werden, sofern die Hinterlegungsscheine vor dem 3. Juni 2022 erworben wurden und keine Unternehmen betreffen, die sanktioniert wurden. Die Anträge müssen bis zum 25. September 2023 bei der Bundesbank eingehen und von der Bank oder dem Broker, bei dem die jeweilige ADRs gehandelt wurden, übermittelt werden. Die Bundesbank wird diese Anträge dann bis zum 25. Dezember 2023 bearbeiten.

[ADR: Wie Sie bei den Russland-Papieren den Totalverlust vermeiden \(handelsblatt.com\)](https://www.handelsblatt.com)

-----

## **VW unterstreicht Rückzug aus Russland**

Nach dem Verkauf des VW-Werks in Kaluga und dem Rückzug des Konzerns aus Russland sorgten Social-Media-Profile von Volkswagen in Russland für Verwirrung. Von einer „Fortsetzung der Aktivitäten der Volkswagen Group Rus“ unter neuem Namen ist da die Rede. Auch die örtlichen VW-Händler seien „weiterhin für Sie im Einsatz“, heißt es laut Recherchen des Handelsblatts.

„Der Volkswagen-Konzern ist nicht mehr in Russland aktiv und kehrt auch nicht dorthin zurück“, stellt ein Sprecher auf Anfrage der Zeitung klar. Man prüfe derzeit das Posting und was darüber hinaus kommuniziert wurde. Daraus leite man „möglichen Handlungsbedarf“ ab – auch juristischen.

Der neue Eigentümer des Russlandgeschäfts von VW – die Finanzgesellschaft Art Finance, hinter der die russische Händlergruppe Avilon steht – hatte mit dem Kauf des russischen VW-Geschäfts eine neue Struktur unter dem Namen AGR Group Automotive aufgesetzt. Diese koordiniert den Kundendienst für die Konzernmarken Audi, Skoda und Volkswagen in Russland und kümmert sich um Wartung, Garantiefälle und Reparaturen von russischen VW-Fahrzeugen.

Beliefert wird AGR dafür mit Originalersatzteilen aus VWs zentralem Teilelager im nordhessischen Kassel, allerdings nur in einem begrenzten Rahmen und soweit die Bauteile nicht unter die Sanktionsregeln fallen. So sind beispielsweise Elektronikteile wie Kamera- und Radarsysteme sowie Motorsteuergeräte tabu. Zudem gilt eine Wertgrenze von 300 Euro. Die neue Gesellschaft darf aber keine neuen Volkswagen, Skodas oder Audis in Russland verkaufen.

Zum ehemaligen VW-Werk in Kaluga hieß es zuletzt, dass dort schon bald chinesische Modelle vom Band laufen könnten.

-----

## **Metro und Globus sichern Vermögen in Russland**

Die beiden deutschen Handelsunternehmen Metro und Globus haben es laut Informationen von Supermarkt Inside erreicht, durch eine Sondergenehmigung, den Zugriff auf ihre Kapitalanlagen in Russland zu bekommen. Bei Metro stehen demnach Werte von rund 2,4 Milliarden Euro in der russischen Bilanz, das 1,7-fache des Ebitda. Bei Globus liegen die Vermögenswerte angeblich bei ca. 1,7 Milliarden Euro. 93 Metro-Märkte geben es in Russland, in Deutschland seien es mit 102 nicht viel mehr.

Globus betreibe in Russland derzeit 19 Märkte. Sie nennen sich dort „Globus Hypermärkte“. Die aktuelle Entscheidung des russischen Staates sei etwas Besonderes, schreibt Supermarkt Inside, sei es doch sehr problematisch, überhaupt in der aktuellen Krisensituation, Genehmigungen zu erhalten. Außerdem müssten bestimmte Auflagen, die das russische Finanzministerium auferlegt, erfüllt sein. Dazu gehöre u.a. der Verbleib oder auch die Vorgabe, dass die Höhe einer Dividende nicht mehr als 50 Prozent des Nettogewinns vom Vorjahr betragen darf.

Für die Handelskette Globus ist der russische Markt der wichtigste neben dem Deutschlandgeschäft. Im letzten Geschäftsjahr 2021/2022 konnte der Konzern dort einen Erlös von 7,69 Milliarden Euro erzielen. Allein ca. 125 Millionen Euro unterlagen im letzten Geschäftsjahr der Devisenkontrolle, so dass nur eingeschränkt Transaktionen länderübergreifend möglich waren. So konnte das Geld nur für Kreditrückzahlungen oder für lokale Aktivitäten eingesetzt werden. Auf der anderen Seite sei es für Globus gut, durch die russischen Mittel weiterhin Schulden abzubauen, die vor allem durch die Real-Übernahmen entstanden sind.

[Metro und Globus sichern ihre Vermögenswerte in Russland. - Supermarkt Inside \(supermarkt-inside.de\)](https://www.supermarkt-inside.de)

-----

### **SAP stellt Support in Russland ein**

Die russische Wirtschaftszeitung Kommersant berichtet, dass der deutsche Anbieter von Industriesoftware SAP seinen Partnern und Kunden mitgeteilt hat, dass er den Support für seine Lösungen in Russland einstellen wird. Die Kunden des Entwicklers hätten bereits damit begonnen, den Support für ihre Systeme an lokale IT-Unternehmen zu übertragen. Eines davon könnte Lab SP sein, das von ehemaligen SAP-Mitarbeitern gegründet wurde. Ein vollständiger Ersatz von SAP ist nach Ansicht von Experten jedoch noch nicht möglich, da die Lösungen des Unternehmens für den Betrieb grundlegender Unternehmenssysteme zuständig sind und es keine vollwertigen Analoga gibt.

„Kommersant“ hat einen Brief von SAP, dem deutschen Entwickler von Ressourcenmanagementsystemen für Unternehmen, an seine russischen Partner erhalten, in dem das Unternehmen mitteilt, dass es die Unterstützung für seine Software bis zum 31. Dezember 2023 einstellen wird. Lediglich die Nutzung von Cloud-Diensten bleibt bis zum Ablauf der vollen Vertragslaufzeit in Kraft. Seit dem 4. September hätten etwa 100 Kunden, die weiterhin den Support für SAP-Systeme nutzen, die gleichen Briefe erhalten, so eine mit der Situation vertraute Quelle.

[Немецкий поставщик промышленного софта SAP прекратит поддержку партнеров и клиентов в РФ \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru)

-----

### **Ermittlungen gegen Deutsch-Russen in den USA wegen Sanktionsumgehung**

Das amerikanische Department of Justice hat am 11. August 2023 im Southern District of New York eine Strafanzeige gegen Arthur Petrov (russisch-deutscher Doppelstaatler) erstattet, in der ihm unter anderem Verstöße gegen die Ausfuhrkontrolle vorgeworfen werden. Arthur Petrov wurde am 26. August 2023 in Zypern verhaftet und befindet sich derzeit in Haft, bis das Auslieferungsverfahren abgeschlossen ist.“

„Wie in der Klageschrift angegeben, hat sich Arthur Petrov verschworen, US-Mikroelektroniktechnologie mit militärischen Anwendungen nach Russland zu



schmuggeln, die Art von Komponenten, die das russische Militär bei seiner unrechtmäßigen Invasion der Ukraine verwendet hat“, sagte laut Pressemitteilung des Department of Justice der stellvertretende Generalstaatsanwalt Matthew G. Olsen. „Das Justizministerium wird keine Versuche dulden, unsere Exportkontrollgesetze zu umgehen, um die russische Kriegsmaschinerie anzuzünden, und diejenigen, die dies versuchen, werden vor der US-Justiz keine Zuflucht finden.“

Arthur Petrov soll an einem internationalen illegalen Beschaffungsnetzwerk mit Sitz in Russland beteiligt gewesen sein, das Strohfirma benutzte, um Lieferungen von US-Händlern von Mikroelektronik mit militärischen Anwendungen über Zwischenländer nach Russland zu schmuggeln.

Laut Gerichtsdokumenten ist Petrov ein russisch-deutscher Doppelstaatler, der für LLC Electrocom VPK (Electrocom) arbeitet, einem in Russland ansässigen Zulieferer kritischer Elektronikkomponenten für Hersteller, die Waffen und andere Ausrüstung an das russische Militär liefern. Petrov und zwei nicht genannte Mitverschwörer (in der Klageschrift bezeichnet als CC-1 und CC-2), die ebenfalls russische Staatsangehörige sind und für Electrocom arbeiten, betrieben ein illegales Beschaffungsnetz in Russland und anderswo in Übersee. Mutmaßlich beschafften sie nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 und bis August 2023 im Auftrag von Electrocom in betrügerischer Absicht große Mengen von Mikroelektronik, die der US-Ausfuhrkontrolle unterliegt, von US-Händlern. Zur Durchführung des Plans nutzten Petrov, CC-1 und CC-2 Scheinfirma und andere betrügerische Methoden.

Die Technologie, die Petrov und seine Mitverschwörer im Laufe der Verschwörung beschafften, hat bedeutende militärische Anwendungen und umfasst verschiedene Arten von Elektronikkomponenten, wie sie in russischer Militärtechnik auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden, z. B. russische Lenkraketen, Drohnen sowie elektronische Kriegsführung und Kommunikationsgeräte.

Zur Durchführung des Plans erwarb Petrov zunächst die kontrollierte Mikroelektronik von in den USA ansässigen Elektronik-Exporteuren über eine von ihm betriebene Strohfirma mit Sitz in Zypern, Astraferos Technokosmos LTD (Astraferos). Petrov beschaffte diese sensiblen Elektronikkomponenten, indem er den US-Exporteuren gegenüber fälschlicherweise angab, dass Astraferos die Artikel u. a. für Brandschutzsysteme kaufe und dass die endgültigen Endnutzer und Bestimmungsorte der Elektronik Unternehmen in Zypern oder anderen Drittländern seien - während die Komponenten in Wirklichkeit für Electrocom in Russland und letztlich für das russische Militär bestimmt waren. Um Kontrollen zu umgehen, arbeiteten Petrov, CC-1 und CC-2 zusammen, um die von Petrov beschafften kontrollierten Güter über von CC-1 und CC-2 in Drittländern betriebene Durchleitungsstellen umzuladen. CC-1 und CC-2 sorgten dann dafür, dass die Güter, manchmal über ein weiteres Land, an den endgültigen Bestimmungsort Sankt Petersburg versandt wurden. Im Laufe der Verschwörung beschafften Petrov, CC-1 und CC-2 von US-Vertriebshändlern Elektronikkomponenten mit militärischen Anwendungen im Wert von mehr als 225.000 US-Dollar.

Petrov wird angeklagt in einem Fall der Verschwörung zum Betrug an den Vereinigten Staaten, worauf eine Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis steht; in einem Fall der Verschwörung zur Verletzung des Export Control Reform Act (ECRA), worauf eine

Höchststrafe von 20 Jahren Gefängnis steht; in drei Fällen der Verletzung des ECRA, worauf jeweils eine Höchststrafe von 20 Jahren Gefängnis steht; eine Anklage wegen Verschwörung zum Schmuggel von Gütern aus den Vereinigten Staaten, die mit einer Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis bedroht ist; drei Anklagen wegen Schmuggels von Gütern aus den Vereinigten Staaten, die jeweils mit einer Höchststrafe von zehn Jahren Gefängnis bedroht sind und eine Anklage wegen Verschwörung zur Geldwäsche, die mit einer Höchststrafe von 20 Jahren Gefängnis bedroht ist. Ein US-Bundesbezirksrichter wird laut Pressemitteilung das Strafmaß unter Berücksichtigung der US-Strafzumessungsrichtlinien und anderer gesetzlicher Faktoren festlegen.

Das FBI und das Bureau of Industry and Security des Handelsministeriums ermitteln in diesem Fall, wobei die Nationale Polizei in Zypern, die Legal Attaché-Büros des FBI in Polen, Deutschland und Athen, Griechenland, die National Security Division des Justizministeriums und das Office of International Affairs des Justizministeriums Unterstützung leisten.

Vollständige Pressemitteilung:

[Office of Public Affairs | Russian-German National Arrested for Illegally Exporting to Russia Sensitive U.S.-Sourced Microelectronics with Military Applications in Violation of U.S. Export Controls | United States Department of Justice](#)

### 3. Europäische Union

---

#### **EU-Leitfaden zur Vermeidung von Sanktionsumgehung**

Die Kommission hat einen Leitfaden veröffentlicht, der sich an europäische Wirtschaftsbeteiligte richtet und ihnen helfen soll, die möglichen Risiken der Umgehung von Sanktionen zu erkennen, zu bewerten und zu verstehen - und wie sie diese vermeiden können. Der Leitfaden soll einen allgemeinen Überblick darüber geben, was die Wirtschaftsbeteiligten in der EU tun müssen, wenn sie bei ihrer Arbeit die im EU-Recht vorgeschriebene Sorgfaltspflicht erfüllen.

Nach EU-Recht sind Wirtschaftsbeteiligte aus der EU verpflichtet, beim Handel mit Drittländern eine Sorgfaltsprüfung durchzuführen, um sicherzustellen, dass ihre Geschäftspartner die EU-Sanktionen nicht umgehen. Die Mitteilung ist als praktischer Leitfaden gedacht, der die einzelnen Schritte beschreibt, die EU-Unternehmen bei der Durchführung strategischer Risikobewertungen durchführen müssen. Dadurch soll das Risiko der Umgehung von Sanktionen so weit wie möglich verringert werden. Darüber hinaus werden für die europäischen Wirtschaftsbeteiligten, die diesem Risiko am stärksten ausgesetzt sind, Leitlinien für die Durchführung einer verstärkten Sorgfaltspflicht aufgestellt, die auch bewährte Verfahren für die Bewertung von Geschäftspartnern, Transaktionen und Waren enthalten.

Der Leitfaden enthält auch eine Liste von Umgehungsmerkmalen. Diese „Red Flags“ beziehen sich auf Geschäftspartner und Kunden und sind Indikatoren, die die Wirtschaftsbeteiligten in der EU vor möglichen Risiken warnen sollen, wenn sie eine Geschäftsbeziehung mit einem neuen Handelspartner eingehen.

Die Europäische Union hat als Reaktion auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Komplizenschaft von Weißrussland darin beispiellose restriktive Maßnahmen verhängt. Angesichts des Ausmaßes dieser Sanktionen hat Russland immer ausgeklügeltere Pläne und Techniken entwickelt, um diese Maßnahmen zu umgehen. Mit diesen komplexen Methoden versucht Russland, sich die Güter zu beschaffen, die sein militärisch-industrieller Komplex dringend benötigt, um seinen Angriffskrieg gegen die ukrainische Bevölkerung fortzusetzen.

Maread McGuinness, Kommissarin für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und die Kapitalmarktunion, sagte dazu: „Die Maßnahmen, die Russland ergreift, um unsere Beschränkungen zu umgehen, werden immer komplexer und undurchsichtiger. Dieser praktische Leitfaden wird den EU-Exporteuren helfen, red flags zu erkennen und das Risiko einer Umgehung der Sanktionen zu verringern“.

Der Leitfaden ist online verfügbar, dazu auch Listen besonders kritischer Güter und weitere Unterlagen:

Neue Guidance:

[Guidance for EU operators: implementing enhanced due diligence to shield against Russia sanctions circumvention \(europa.eu\)](https://europa.eu/guidance-for-eu-operators-implementing-enhanced-due-diligence-to-protect-against-russia-sanctions-circumvention)

Übersichtsseite zu sanktionsrelevanten EU-Dokumenten:

[Overview of sanctions and related resources \(europa.eu\)](#)

Weitere aktuelle EU-Sanktionsinformationen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

-----

### **Werden Russen bei Einreise in die EU gepfändet?**

Der deutsche Europaabgeordnete Sergey Lagodinsky hat eine Überprüfung der Erklärungen der Europäischen Kommission zum Verbot der Einfuhr von persönlichen Gegenständen russischer Bürger in die EU gefordert. Dies schrieb der Parlamentarier in einem Brief an die Chefin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, aus dem die regimekritische russische Webseite „Medusa“ zitiert. Zuvor hatte die am 8. September neu veröffentlichte EU-FAQ zu „Einfuhr, Kauf und Weitergabe sanktionierter Güter“ für erheblichen Wirbel gesorgt. Die Klarstellung war nötig geworden, da insbesondere deutsche Behörden mit Berufung auf EU-Sanktionsrecht immer wieder Autos von russischen Staatsbürgern konfisziert hatten. Über die genaue Auslegung der Sanktionen hatte es Diskussionen gegeben, die durch die Neufassung der EU-FAQ nun eher noch verschärft wurden.

Konkret geht es insbesondere um FAQ Nummer 13 zum Themenkomplex „Einfuhr, Kauf und Weitergabe sanktionierter Güter“, der die Mitnahme persönlicher Gegenstände betrifft. Russische Medien berichteten am vergangenen Wochenende, dass russischen Staatsbürgern bei Einreise in die EU nun nicht mehr nur die Pfändung von Autos drohten, sondern zahlreicher weiterer Gegenstände. Laut einem Bericht der russischen Zeitung RBK befürchteten Experten, dass russische Staatsbürger mit EU-Visum künftig ohne Koffer, Mobiltelefon und Laptop in die Europäische Union einreisen müssten, wenn sie die Gefahr vermeiden wollen, dass diese Dinge beschlagnahmt werden. Tatsächlich sind alles dies Gegenstände, die in der betreffenden FAQ unter Annex XXI aufgeführt werden.

[ЕС запретил россиянам ввозить личные автомобили, смартфоны и шампуни — РБК \(rbc.ru\)](#)

„Diese Auslegung ist schädlich für die Wirksamkeit der restriktiven Maßnahmen und absolut nutzlos, wenn es darum geht, die russische Aggression zu stoppen“, kritisierte demnach Lagodinsky, der für Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament sitzt, das Vorgehen der EU-Kommission.

Nach Ansicht des Abgeordneten sind die neuen Regelungen, die die Einfuhr von persönlichen Gegenständen und Fahrzeugen durch russische Bürger in die EU verbieten, „rechtlich und politisch falsch“. Wie Lagodinsky erklärt, sollten nur solche Güter unter das Verbot fallen, die Russland ein erhebliches Einkommen zur Fortsetzung des Krieges bringen können - dies gilt nicht für persönliche Gegenstände, die per Definition vor der Ausreise gekauft wurden, meist einmalig sind und daher im Hinblick auf ein mögliches

Einkommen unbedeutend sind. Außerdem, so der Abgeordnete, sollten persönliche Gegenstände von Russen, die sich als Gegner des Putinschen Systems dauerhaft in der EU aufhalten, nicht beschlagnahmt werden. „Diese Interpretationen restriktiver Maßnahmen diskreditieren die Institution des Embargos als legitimes Instrument unserer Politik und uns als gut durchdachtes Rechtssystem“, so Lagodinsky abschließend.

[Депутат Европарламента призвал пересмотреть «вредные и бесполезные» разъяснения Еврокомиссии о запрете россиянам на ввоз личных вещей в ЕС — Meduza](#)

### **Aktualisierung der FAQ zur Einfuhr sanktionierter Waren**

Am 12. September hat die EU-Kommission auf die oben beschriebene Kritik reagiert und kritisierte FAQ 13 zum Themenkomplex „Einfuhr, Kauf und Verbringung von sanktionierten Waren“ aktualisiert. Die Möglichkeit, dass russische Staatsbürger bei Einreise in die EU gepfändet werden, wird allerdings prinzipiell bestätigt und die Umsetzung der Verordnung ins Ermessen der nationalen Behörden gestellt. Besonderes Augenmerk sollte auf Autos gelegt werden.

Die diskutierte FAQ 13 lautet:

Dürfen russische Staatsangehörige vorübergehend persönliche Güter und Fahrzeuge, die in Anhang XXI aufgeführt sind und dem Verbot in Art. 3i der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 unterliegen, vorübergehend in die Union einführen, z.B. für touristische Reisen?

Die überarbeiteten/ergänzten Teile der Antwort sind unterstrichen:

Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs müssen Sanktionen weit ausgelegt werden, unter anderem um die Wirksamkeit der erlassenen Verbote zu gewährleisten und eine Umgehung zu verhindern. Es ist Sache der zuständigen nationalen Behörden, die jeweilige Situation zu beurteilen und die Verbote entsprechend umzusetzen.

Artikel 3i der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates verbietet den Kauf, die Einfuhr oder die direkte oder indirekte Weitergabe von Gütern, die in Anhang XXI der Verordnung aufgeführt sind, wenn sie ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland ausgeführt werden. Dazu gehören auch Kraftfahrzeuge (Autos), die unter den KN-Code 8703 fallen.

Darüber hinaus sind Kraftfahrzeuge eine Warenkategorie, die für Umgehungen anfällig ist, weshalb die zuständigen nationalen Behörden ihnen besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Es spielt keine Rolle, ob die Fahrzeuge privat oder gewerblich genutzt werden, solange sie unter einen in Anhang XXI aufgeführten KN-Code (z. B. KN-Code 8703) fallen und ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland ausgeführt werden. Dies ist höchstwahrscheinlich bei Fahrzeugen der Fall, die ein russisches Nummernschild haben und in Russland zugelassen sind. Die Dauer ihres möglichen Aufenthalts in der Union bzw. die Zollverfahren, in die sie überführt werden (z. B. Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr oder vorübergehende Verwendung), sind ebenfalls nicht relevant. Bei Waren, bei denen nur geringfügige Bedenken hinsichtlich einer Umgehung

bestehen, wie z. B. bei persönlichen Hygieneartikeln oder Kleidungsstücken, die von Reisenden getragen werden oder sich in ihrem Gepäck befinden und eindeutig für den persönlichen Gebrauch während ihrer Reise bestimmt sind, sollten die zuständigen nationalen Behörden das Verbot weiterhin in angemessener und vernünftiger Weise anwenden.

Neue FAQ 13:

[Frequently asked questions on the import, purchase & transfer of listed goods concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it \(europa.eu\)](#)

Annex:

[ANHANG XXI Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 - Liste der Güter und Technologien gemäß Artikel 3i \(lexparency.de\)](#)

[ANHANG XXII Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 \(lexparency.de\)](#)

Das Thema wird ausführlich auch in diesem Beitrag der Berliner Zeitung ausgeführt: [Sanktionen gegen Russland: EU verbietet Einfuhr von privaten Autos, Handys und Reisekoffern \(berliner-zeitung.de\)](#)

-----

### **Einreiseverbote für Autos mit russischen Kennzeichen im Baltikum**

Die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen haben die Einreise von PKW mit russischen Kennzeichen verboten, dies berichtet das russische Medium RBK. Die Entscheidung steht offenbar in Zusammenhang mit den jüngsten Empfehlungen der EU-Kommission (siehe vorangegangener Beitrag). Estland will demnach noch entscheiden, ob es Pkw, die sich bereits im Land befinden, ausweist oder gleich beschlagnahmt. Lettland will die Fahrer zuerst zur Ausreise auffordern, Litauen droht mit sofortiger Konfiskation.

Ausnahmen gelten nach Informationen von Spiegel-online etwa für den Transitverkehr zwischen Russland und dessen Ostsee-Exklave Kaliningrad und für Fahrzeuge, die von diplomatischen und konsularischen Vertretungen genutzt werden. Umgekehrt dürfen Autos mit russischen Nummernschildern die baltischen Staaten über die EU-Außengrenze verlassen, sofern sie nur als Transportmittel genutzt werden.

„Wir können nicht zulassen, dass die Bürger eines Aggressorstaates die Vorteile von Freiheit und Demokratie genießen, während Russland seinen Völkermord in der Ukraine fortsetzt“, sagte der estnische Außenminister Margus Tsahkna. Das verbindliche Einfahrverbot sei richtig, und die Beschränkungen erzielten eine größere Wirkung, wenn sie gemeinsam umgesetzt werden.

[EU-Sanktionen gegen Russland: Baltenstaaten machen Grenzen für russische Autos dicht - DER SPIEGEL](#)

[Какие страны ЕС решили запретить въезд российских автомобилей — РБК \(rbc.ru\)](#)

-----

## **EU sanktioniert weitere russische Staatsbürger wegen Menschenrechtsverletzungen**

Der Rat der EU hat am 8. September beschlossen, restriktive Maßnahmen gegen sechs Personen zu verhängen, die für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in der Russischen Föderation und in den von Russland vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine verantwortlich sind, einschließlich Verstößen gegen das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung.

Bei den aufgeführten Personen handelt es sich um Staatsanwälte und Richter, die an Gerichten tätig sind, die von der russischen Besatzungsmacht auf der illegal annektierten Krim eingerichtet wurden. Sie waren an den politisch motivierten Gerichtsverfahren gegen den Journalisten Wladyslaw Jaypenko, der zu sechs Jahren Haft verurteilt wurde, und den Krimtataren Nariman Dzhelyalov beteiligt.

Das russische Regime benutzt die Justiz des Landes als Instrument für zahlreiche schwere Menschenrechtsverletzungen. Das Justizsystem ist nicht unabhängig und wird dazu benutzt, die Menschenrechte von Personen, die sich gegen das herrschende Regime stellen, systematisch und schwerwiegend zu verletzen, indem ihre Meinungs- und Redefreiheit verletzt wird.

Außerdem stehen heute zwei Mitglieder des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (FSB) auf der Liste, die entweder an der Folterung von Wladyslaw Jaypenko beteiligt waren oder die Ermittlungen in seinem Fall geführt haben, sowie Mitglieder der krimtatarischen Gemeinschaft und der Zeugen Jehovas auf der Krim.

[Human rights violations in Ukraine : EU sanctions six individuals under Global Sanctions Regime - Consilium \(europa.eu\)](#)

-----

## **EU streicht drei Unternehmer von der Sanktionsliste**

Die EU hat am 14. September nach einem Gerichtsurteil drei russische Unternehmer von ihrer Sanktionsliste gestrichen, wie der Spiegel und mehrere russische Medien berichten. Es handelt sich um Grigorij Berjoskin, Eigentümer der Unternehmensgruppe ESN sowie des Medienhauses RBC, Farchad Achmedow, ein Öl- und Gas-Magnat, sowie Alexander Schulgin, Ex-CEO des Internethändlers Ozon. Die Aufhebung der Sanktionen gegen Schulgin hatte vor kurzem das Gericht der EU angeordnet. Insgesamt umfasst die EU-Sanktionsliste rund 1800 Namen.

[Ukraine-Krieg: EU streicht drei russische Unternehmer von Sanktionsliste - DER SPIEGEL](#)

-----

## **Estland will beschlagnahmtes Vermögen an die Ukraine weitergeben**

Estland will als erstes Land der Europäischen Union noch in diesem Jahr die Beschlagnahmung von russischen Vermögenswerten, die im Rahmen der EU-Sanktionen

eingefroren wurden, legalisieren. Das sagte der estnische Außenminister Margus Tsahkna, laut „Bloomberg“, wie „msn.com“ berichtet. Das Vermögen soll für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden.

Tsahkna erklärte, die estnische Regierung werde den Gesetzesentwurf innerhalb von zwei Wochen verabschieden, bevor sie ihn an das Parlament weiterleitet. Estland drängt die EU zur Umsetzung eines gesamteuropäischen Plans, um die rechtlichen Probleme bei der Konfiszierung russischer Vermögenswerte zu lösen, die unter die Sanktionen fallen. „Das wird die Oligarchen wirklich treffen – das wird den russischen Staat wirklich treffen“, sagte Tsahkna. Nach Ansicht des Ministers wird dieses Gesetz unweigerlich russische Klagen auslösen.

Die estnische Initiative, die seit Dezember letzten Jahres läuft, könnte etwa 35 Millionen Euro an nicht sanktioniertem Finanzvermögen betreffen, das sich im Besitz russischer Unternehmen in Estland befindet. Dem estnischen Plan zufolge wird das internationale Verlustregister der Ukraine als Grundlage für die Enteignung von Vermögenswerten, die Sanktionen unterliegen, verwendet werden. Tsahkna erklärte, dass die Vorbereitung der Initiative im Einklang mit dem EU-Recht durch die strengen Garantien für Privateigentum in Estland erschwert wurde.

Gemeinsam mit internationalen Partnern arbeitet die Ukraine daran, die Möglichkeit zu schaffen, eingefrorene russische Vermögenswerte, einschließlich staatlicher Vermögenswerte, in verbündeten Ländern zu beschlagnahmen. Diese Mittel sind für den Wiederaufbau der Ukraine bestimmt und belaufen sich derzeit auf fast 500 Millionen US-Dollar. Darüber hinaus berichtet „Bloomberg“, dass die EU das Verfahren zur Beschlagnahme von 200 Milliarden Euro an eingefrorenen Vermögenswerten der russischen Zentralbank prüft.

-----

## **Handel mit Russland sinkt EU-weit auf Tiefststände**

Der Anteil Russlands an den Importen und Exporten der EU ist zwischenzeitlich unter die Marke von zwei Prozent gesunken, ermittelte das EU-Statistikamt Eurostat laut der Online-Ausgabe des Nachrichtensenders „Euronews“.

Die neuesten Daten zeigen, dass im Februar 2022, als der russische Einmarsch in die Ukraine begann, noch 9,6 Prozent der EU-Einfuhren aus Russland stammten, während dieser Anteil im Juni 2023 auf 1,7 Prozent gesunken ist. Der Anteil der EU-Ausfuhren nach Russland sank im gleichen Zeitraum von 3,8 Prozent auf 1,4 Prozent.

Die Statistiken deuten darauf hin, dass die Handelssanktionen der EU entgegen manchen anderweitigen Eindrücken doch ihre gewünschte Wirkung zeigen und den Warenverkehr stark einschränken, kommentiert OstInsider Daily die Zahlen. Die EU hat nach eigenen Angaben seit Kriegsbeginn Sanktionen auf Waren im Wert von 43,9 Milliarden Euro bei den EU-Exporten und 91,2 Milliarden Euro bei den Importen aus Russland verhängt.

Zu Beginn der Invasion stieg das Handelsdefizit der EU mit Russland vorübergehend an, als die Energiepreise ihren Höchststand erreichten. Im März 2022 überstieg der Wert der EU-Einfuhren nach Russland die Ausfuhren um 18,5 Milliarden Euro. Im Juni 2023 lag



dieser Wert bei nur noch 0,4 Milliarden Euro und damit leicht über dem Tiefstand von 0,1 Milliarden Euro im März dieses Jahres.

Der deutliche Rückgang der Einfuhren ist auf die Bemühungen der EU zurückzuführen, sich von russischen Energieerzeugnissen zu lösen. Der Anteil fossiler Brennstoffe wie Kohle, Erdgas und Erdöl, die aus Russland in die EU eingeführt werden, ist erheblich zurückgegangen. Ein Sprecher der Europäischen Kommission erklärte, dass die EU ihren Anteil an den Erdgasimporten aus Russland von 24 Prozent im Jahr 2022 auf nur noch 15 Prozent in der ersten Hälfte des Jahres 2023 gesenkt habe.

### **EU importiert immer weniger Energierohstoffe aus Russland**

Nach den Ergebnissen von Ende Juni 2023 sank das Volumen des von den EU-Ländern importierten russischen Öls von 29,2 Prozent (im Jahr 2021) auf 2,3 Prozent, Gas von 38,5 Prozent auf 12,9 Prozent und Kohle von 45 Prozent auf 0 Prozent. Dies geht aus dem Bericht von Eurostat hervor aus dem die russische Wirtschaftszeitung „Kommersant“ zitiert.

Aus den Unterlagen von Eurostat geht demnach hervor, dass Russland im Jahr 2021 der größte Lieferant von Erdöl in die EU war. Nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten in der Ukraine und den anschließenden Sanktionen gegen Russland begannen die EU-Länder jedoch, die Handelsbeziehungen mit der russischen Seite zu reduzieren. Die Lieferungen russischer Erdölprodukte wurden im dritten und vierten Quartal 2022 am stärksten reduziert. Bis Ende Juni 2023 waren die russischen Öllieferungen auf 2,3 Prozent gesunken.

Bei gleichzeitigem Rückgang der russischen Präsenz auf dem europäischen Markt bei der Versorgung mit Rohöl und Erdölprodukten stiegen die Anteile Saudi-Arabiens und Norwegens auf 11 Prozent. Die USA bleiben mit 13 Prozent der größte Lieferant. Auf Kasachstan entfällt ein Anteil von acht Prozent.

Die Erdgaseinfuhren aus Russland in die EU nahmen von Januar 2021 bis März 2022 aufgrund eines starken Preisanstiegs zu. Von April bis Juni 2022 gingen die russischen Lieferungen jedoch infolge mehrerer EU-Sanktionspakete „kontinuierlich und erheblich“ zurück. Der Anteil Russlands an den EU-Erdgasimporten lag 2021 bei 38,5 Prozent und war bis Ende Juni 2023 auf 12,9 Prozent gesunken. Im zweiten Quartal dieses Jahres importierte die EU am meisten Gas aus den USA (24 Prozent), während die Lieferungen aus Algerien (18 Prozent), dem Vereinigten Königreich (15 Prozent) und Norwegen (10 Prozent) ebenfalls zunahmen.

[Доля российской нефти в ЕС за два года снизилась с 29,2% до 2,3% – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru)

## EU importiert immer mehr Flüssiggas aus Russland

Die Europäische Union importiert mehr Flüssiggas (LNG) aus Russland als je zuvor. Dies berichten unter anderem die Financial Times und das Handelsblatt unter Berufung auf eine Studie der auf den Rohstoffsektor spezialisierten Nichtregierungsorganisation Global Witness. Laut der Studie, die sich wiederum auf Daten des Branchendienstes Kpler stützt, führten die EU-Staaten zwischen Januar und Juli 2023 zusammen rund 22 Millionen Kubikmeter LNG aus Russland ein, 40 Prozent mehr als 2021 und 1,7 Prozent mehr als im Rekordjahr 2022. Russland habe damit 2023 bislang Einnahmen in Höhe von 5,3 Milliarden Euro erzielt. Die größten Importeure von russischem LNG innerhalb der EU waren den Angaben zufolge Spanien (7,5 Millionen Kubikmeter) und Belgien (7,1 Millionen Kubikmeter). Nur China habe von Januar bis Juli mehr russisches Gas gekauft, schreibt die Financial Times. Während die EU andere Energieträger wie Kohle und Rohöl aus Russland sanktioniert, steht russisches LNG bislang nicht auf den Sanktionslisten.

(Paywall)

[Europa ist größer Abnehmer von russischem Flüssiggas \(handelsblatt.com\)](#)

-----

## Arbeit an EU-weitem Strafenkatalog für Sanktionsverstöße geht weiter

Die Europäische Union (EU) hat über 40 Sanktionsregelungen gegen Drittländer eingeführt, Organisationen sowie juristische und natürliche Personen eingeführt. Zu diesen restriktiven Maßnahmen gehören Waffenembargos, Einfuhr- und Ausfuhrverbote, das Einfrieren von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen sowie Reiseverbote. Während die Annahme der EU-Sanktionen auf EU-Ebene zentralisiert ist, obliegt ihre Umsetzung und Durchsetzung jedoch den Mitgliedstaaten. Die erheblichen Unterschiede zwischen den nationalen Systemen, insbesondere in Bezug auf Straftatbeständen und Sanktionen für Verstöße gegen EU-Sanktionen, schwächen deren Wirksamkeit und die Glaubwürdigkeit der EU.

Nach dem Beschluss des Rates, die Verletzung von EU-Sanktionen in den Bereich der „besonders schweren schwerwiegende Straftaten mit grenzüberschreitender Dimension“ aufzunehmen, hat die Europäische Kommission im Dezember 2022, einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Harmonisierung von Straftatbeständen und Sanktionen für solche Verstöße.

Am 9. Juni 2023 nahm der Rat seine allgemeine Ausrichtung an. Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments nahm am 6. Juli 2023 seinen Bericht über den Vorschlag an, zusammen mit einem Beschluss zur Aufnahme von Trilog-Verhandlungen.

Im Juli 2023 veröffentlichte der Forschungsdienst des Europäischen Parlaments einen Informationsvermerk über die vorgeschlagene Richtlinie zur Definition von Straftaten und Strafen für Verstöße gegen EU-Sanktionen, in dem Folgendes dargelegt wird:

- den Umfang der von der vorgeschlagenen Richtlinie erfassten Straftaten, nämlich Verstöße gegen die Beschränkungen von EU-Sanktionen, Verhaltensweisen zur

Umgehung von EU-Sanktionen und Verstöße gegen die Bedingungen von EU-Sanktionsgenehmigungen

- die vorgeschlagenen strafrechtlichen Sanktionen, d.h. ein Schwellenwert von 100.000 Euro zur Unterscheidung von schwereren Straftaten, ein Jahr Haft für Handlungen, die der Umgehung von EU-Sanktionen dienen, und fünf Jahre Haft für direkte Verstöße gegen EU-Sanktionen
- und den Vorschlag, dass Gelder, die transferiert werden, um die Verletzung von EU-Sanktionen zu verschleiern, als Erträge aus Straftaten betrachtet werden und die Mitgliedstaaten daher die Möglichkeit haben, diese Gelder einzuziehen.

Nachdem das Europäische Parlament den Entwurf eines Verhandlungsmandats für die Richtlinie angenommen hatte, werden die Verhandlungen zwischen dem Parlament, der Kommission und dem Rat über die endgültige Ausarbeitung der Rechtsvorschriften fortgesetzt.

[Proposal for a directive on the violation of Union restrictive measures \(europa.eu\)](#)

-----

### **Bericht über Finanzkriminalität**

Europol hat einen Bericht veröffentlicht, in dem die Bedrohungen durch Finanzkriminalität auf EU-Ebene bewertet werden, einschließlich einer Analyse der Umgehung von Sanktionen und ihrer Verbindungen zur organisierten Kriminalität.

Informiert wird über Methoden zur Umgehung von Sanktionen und die Verbindung zwischen Sanktionen und Geldwäsche. Außerdem wurde eine Fallstudie veröffentlicht, in der die Strafverfolgungsbehörden eine Kryptoplattform ausschalten, die im Verdacht steht, zur Wäsche illegaler Gelder sanktionierter russischer Unternehmen genutzt zu werden.

[The Other Side of the Coin - Analysis of Financial and Economic Crime \(EN\).pdf \(europa.eu\)](#)

-----

### **Ölpreisdeckel immer löchriger**

Der Deckel von 60 Dollar für russisches Öl, den die G7-Staaten vergangenen Dezember eingeführt haben, erweist sich als immer schwerer durchsetzbar, hat Spiegel-online recherchiert. Im Juni 2023 noch pendelte demnach der Preis auf den Weltmärkten zwischen 54 und 56 Dollar pro Barrel (159 Liter). Inzwischen aber seien es bis zu 74 Dollar. Rund 20 Dollar mehr pro Fass: Aufs Jahr gerechnet wären das rund 37 Milliarden Dollar an Mehreinnahmen für Russland. Allein diese Mehreinnahmen entsprächen knapp einem Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung der Ukraine.

Lange wirkte es so, als könnte der Ölpreisdeckel funktionieren. Die Verkaufspreise für über die Ostsee und das Schwarze Meer verschiffte russische Öllieferungen sackten ab. Auf diesen Routen musste Russland sein Öl fast schon verramschen: Für 40 oder 45 Dollar pro Barrel ging die Fracht an Käufer in Indien oder anderswo in Asien. Auch Russlands Steuereinnahmen aus den Ölverkäufen brachen ein – so stark, dass die Regierung in Moskau zwischenzeitlich erhebliche Haushaltslöcher stopfen musste.

Doch inzwischen seien die Preise für russisches Öl auch in den Exporthäfen in Primorsk in der Ostsee und in Noworossijsk am Schwarzen Meer deutlich über 60 Dollar pro Fass gestiegen, hat Benjamin Hilgenstock beobachtet. Der Ökonom arbeitet am KSE Institute der Kyiv School of Economics und ist Mitglied der International Working Group on Russian Sanctions.

Inzwischen hätten Saudi-Arabien und Russland gemeinsame Kürzungen ihrer Ölfördermengen beschlossen. Sie hätten die Weltmarktpreise so in die Höhe getrieben – und damit auch den Uralspreis deutlich über 60 Dollar. Dies mache nun auch das Scheitern des Ölpreisdeckels offensichtlich.

„So eine Sanktion funktioniert nur, wenn Regierungen den Firmen glaubwürdig demonstrieren, dass sie diese auch durchsetzen werden“, sagt Hilgenstock. Die G7-Staaten hätten bislang kaum etwas getan, um ihren Preisdeckel auch tatsächlich durchzusetzen.

Die Europäische Union verlangt bisher lediglich, dass Reeder und Versicherer eine sogenannte »Attestation« einholen. Für dieses Attest hat die EU einen unverbindlichen Formulierungsvorschlag veröffentlicht: weniger als eine halbe Seite Text. Ölhandelsfirmen sollen mit einer solchen Beglaubigung versichern, dass sie den Ölpreisdeckel einhalten. Bislang ist auch völlig unklar, ob und in welchem Ausmaß Behörden der G7-Staaten solche »Attestations« überprüfen.

Der Preis der Untätigkeit sei hoch. Bei harter Kontrolle des Deckels würde Russland 2024 nur noch 144 Milliarden Dollar mit seinen Ölverkäufen verdienen, haben Hilgenstock und seine Kollegen kalkuliert, auf Basis eines angenommenen Uralspreises von 77 Dollar pro Fass. Würden die G7-Staaten den Deckel zudem noch auf 50 Dollar absenken, würde Moskau sogar nur noch 64 Milliarden Dollar mit Urals und Co. Erlösen. Tut sich hingegen nichts, dürften Ölexporte Russland im kommenden Jahr bis zu 188 Milliarden Dollar einbringen.

[Russland-Sanktionen: Warum der Preisdeckel für Putins Öl nicht funktioniert - DER SPIEGEL](#)

-----

### **EU-Gericht kippt Sanktionsbeschluss gegen russischen Unternehmer und bestätigt gleichzeitig weitere**

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hat eine Sanktionsentscheidung der Europäischen Union gegen den russischen Geschäftsmann Aleksandr Schulgin teilweise gekippt. Dies berichtet die Deutsche Presseagentur dpa. Die EU könne aber noch dagegen vorgehen. Solange bleibe die Sanktion in Kraft, erklärte das Gericht in Luxemburg.

Weitere Klagen, unter anderem von einem Oligarchen mit seiner Familie, wies das Gericht zurück.

Die EU hatte die Strafmaßnahmen gegen Schulgin damit begründet, dass er Geschäftsführer einer russischen Plattform für Elektrohandel sei. Damit sei er in Bereichen tätig, die Russland als wichtige Einnahmequellen dienten. Er habe im Februar 2022 an einem Treffen von Oligarchen mit Präsident Wladimir Putin teilgenommen, was beweise, dass er politische Maßnahmen unterstütze, die die territoriale Souveränität der Ukraine bedrohten.

Schulgin focht die Sanktionen vor dem Gericht der EU an. Die Richter gaben ihm teilweise Recht. Der Rat der Europäischen Union habe nicht belegen können, warum Schulgin auch nach seinem Rückzug von der Geschäftsführung weiterhin als einflussreicher Geschäftsmann einzustufen sei. Gegen das Urteil kann noch vor dem höchsten Gericht der EU, dem Europäischen Gerichtshof (EuGH), vorgegangen werden.

Sanktionen gegen eine Reihe weiterer russischer Unternehmer ließ das EuG dagegen in Kraft, u. a. gegen die bekannten Magnaten Gennadij Timtschenko, Michail Guzerijew und Dmitrij Pumpjanskij.

Dmitrij Pumpjanskij und seine Frau waren unmittelbar nach Beginn des Überfalls auf die Ukraine in die Sanktionsliste aufgenommen worden. Pumpjanskij führte ein russisches Unternehmen, das Rohre für die Gas- und Ölindustrie produziert, seine Frau eine Stiftung. Sie wandten vor Gericht ein, dass die EU keine konkreten Beweise vorgelegt habe, die ihre Sanktionierung rechtfertigten, wie die FAZ berichtet. Durch die Maßnahmen, die eine Einreiseperrre und das Einfrieren von Vermögen in der EU umfassen, sehen sie sich in ihren Grundrechten verletzt. Pumpjanskij war im vergangenen September bereits in die Schlagzeilen geraten, weil seine Jacht für 37,5 Millionen Dollar zwangsversteigert werden musste.

Die Richter stellten im Fall Pumpjanskij nun klar, dass es für die Sanktionierung schon ausreichte, dass die beiden führende Geschäftsleute in einem Wirtschaftssektor seien, der für die russische Regierung eine wesentliche Einnahmequelle darstelle. Folglich kommt es nicht auf den tatsächlichen Beitrag zur Stützung des Machtapparats von Präsident Wladimir Putin an, sondern darauf, dass der Wirtschaftsbereich – in diesem Fall die Rohstoffindustrie – dem Regime wesentliche Einkünfte bietet. Die Richter erwähnten zwar, dass Pumpjanskij am Tag des Kriegsbeginns an einem Treffen Putins mit wichtigen Unternehmern teilgenommen habe, werteten dieses Detail aber für sich genommen gar nicht als entscheidend.

#### Niederlage für deutsche Behörden im Fall Usmanow

Die deutschen Ermittlungsbehörden, die gegen den russisch-usbekischen Milliardär Alisher Usmanov ermitteln, mussten zwischenzeitlich eine weitere Niederlage hinnehmen. Das Landgericht Frankfurt erklärte die Durchsuchung der Büros von Usmanovs Münchner Anwälten für rechtswidrig und bescherte dem in Usbekistan geborenen Oligarchen damit einen weiteren juristischen Sieg in seinen Bemühungen, seinen Namen reinzuwaschen, berichtete Die Zeit am 4. September.

„Das Landgericht Frankfurt am Main hat einen Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Frankfurt am Main vom Januar 2023 zur Durchsuchung des Büros der Münchner Anwaltskanzlei, die Alisher Usmanov in Deutschland vertritt, für rechtswidrig erklärt und den Durchsuchungsbeschluss für nichtig erklärt. Die Entscheidung des Landgerichts basierte auf dem Fehlen von Beweisen für den Anfangsverdacht einer Straftat“, so das Gericht in seiner Zusammenfassung.

[Russland-Sanktionen: EU-Gericht weist Oligarchen-Klage ab - ZDFheute](#)

[EU-Gericht weist Oligarchen-Klage gegen Sanktionen ab | tagesschau.de](#)

[bne IntelliNews - Usmanov wins another round in his battle with German investigators](#)

-----

### **Russisches Holz gelangt offenbar illegal über Kasachstan in die EU**

Die Stiftung ClientEarth, eine Umweltorganisation, hat vor einigen Wochen eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission eingereicht, in der auf eine Nichteinhaltung der Europäischen Holzverordnung (EUTR) hingewiesen wird. Dies schreibt die Berliner Zeitung. Die Verordnung sei bereits seit 2013 in Kraft; russisches Holz gilt zudem wegen der russischen Invasion in der Ukraine als illegal. Die Kläger konnten nachweisen, dass polnische Unternehmen weiterhin Holz aus Russland und Belarus importiert haben, zumindest zwischen März und Dezember 2022 und indirekt.

Bisherige Untersuchungen sollen ergeben haben, dass belarussische Produzenten einen Monat vor der Einführung der EU-Sanktionen in Kasachstan ein Holzhandelsunternehmen gegründet haben. 2022 sind die Holzexporte aus Kasachstan in die EU um das Hundertfache gestiegen, auf insgesamt 39 Millionen Euro. Kein anderer Wirtschaftszweig verzeichnete ein so rasantes Wachstum. Es besteht also der Verdacht, dass Belarus und Russland mithilfe von Unternehmen in der Türkei und in Kasachstan die Zollbestimmungen umgeht.

Obwohl einige europäische Unternehmen über die Herkunft des Holzes Bescheid wissen, mangle es nicht an Käufern. Während Unternehmen den Krieg in der Ukraine öffentlich verurteilten, unterstützten sie Russland dadurch indirekt. Gelöst werden könnte das Problem, indem alle Importe von Birkenperrholz zukünftig registriert werden, wenn sie die EU-Grenzen überschreiten. Die Registrierung würde es der Kommission ermöglichen, rückwirkend Antidumpingzölle zu verhängen, wenn Unternehmen versuchen sollten, EU-Zölle auf russische Importe zu umgehen.

[Neuer Bericht – Trotz Sanktionen: Polnische Unternehmen importieren weiterhin russisches Holz \(berliner-zeitung.de\)](#)

-----

## Westlicher Handel mit Zentralasien boomt weiter

Eine umfassende Analyse der Exportdaten von 24 Industriestaaten und wichtigen Schwellenländern zeigt einen deutlichen Anstieg der Exporte in die zentralasiatischen Länder. Dies unterstreicht eine Analyse des Institute of International Finance (IIF) in einer Untersuchung des internationalen Handels, über die bne Intellinews berichtet.

„Wir stellen einen weit verbreiteten Anstieg der Exporte nach Zentralasien fest, der in Ländern am stärksten ausgeprägt ist, in denen die direkten Exporte nach Russland stark zurückgegangen sind oder in denen eine geografische Nähe zu Russland besteht, wie im Fall von Polen oder Litauen“, so Robin Brooks, Chefökonom des Institute of International Finance (IIF) in dem Bericht.

„Unsere Ergebnisse sollten nicht als Hinweis auf einen offensichtlichen Verstoß gegen Exportkontrollen verstanden werden, da wir nur aggregierte Exportdaten betrachten, die keinen Aufschluss darüber geben, welche Waren exportiert werden. Der beispiellose Boom im Handel mit Zentralasien wirft jedoch wichtige Fragen auf. Warum sollte man die zusätzlichen Transportkosten für die Verschiffung von Waren in Binnenländer mit oft begrenzter Frachtkapazität auf sich nehmen, es sei denn, die fraglichen Sendungen sind unter den derzeitigen Ausfuhrkontrollen zumindest fragwürdig“, sagt Brooks.

Ein großer Teil dieses Umleitungshandels findet auf der Ebene von Unternehmen statt, und es ist nicht klar, ob hinter dem Handelsboom einheimische Unternehmen im Besitz von Einheimischen oder in Drittländern gegründete Scheinfirmen in russischem Besitz stehen.

Einer kürzlich vom IIF durchgeführten Untersuchung zufolge ist der Boom bei den Halbleiterexporten von Estland nach Russland offenbar auf zwei von russischen Geschäftsleuten in Estland registrierte Unternehmen zurückzuführen. Eine andere Untersuchung ergab, dass der boomende Handel zwischen Russland und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) größtenteils von lokalen VAE-Unternehmen abgewickelt wurde, die die Sanktionen einfach ignorierten und den Handel ankurbelten.

Die Regierungen versuchen nun zunehmend, gegen ihre eigenen Unternehmen vorzugehen, die den Handel ignorieren. Mitte August wies die schwedische Regierung die schwedische Handelskammer an, die Gründe für den starken Anstieg der Ausfuhren in die Nachbarländer der Russischen Föderation zu prüfen.

Nach Angaben des schwedischen Statistikamtes stieg das Volumen der schwedischen Ausfuhren nach Kasachstan im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 140 Prozent und nach Kirgisistan und Turkmenistan um 200 Prozent. Nach Angaben der kasachischen Botschaft in Schweden belief sich der Handelsumsatz zwischen diesen beiden Ländern im Zeitraum Januar-November 2022 auf 282 Millionen S-Dollar und lag damit fast 40 Prozent über dem Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig stiegen die Ausfuhren aus Schweden nach Kasachstan um 22,3 Prozent und beliefen sich auf 189,3 Millionen Dollar.

Das Hauptproblem bestehe darin, dass eine wirksame Überwachung der Ausfuhrkontrollen im Rahmen des weit verzweigten und dezentralisierten Welthandels schwierig ist. Im Gegensatz dazu sind Russlands Ölexporte, die hauptsächlich von

Öltankern in westlichem Besitz transportiert werden, stark konzentriert. Dieser Unterschied unterstreicht die Bedeutung der Ölpreisobergrenze der G7 für die Begrenzung der Kaufkraft Russlands und letztlich für die Umlenkung des Handels.

Brooks ist ein glühender Verfechter der Senkung des Sanktionspreises für Öl von 60 Dollar pro Barrel auf 35 Dollar, da dies seiner Meinung nach der effektivste Weg sei, den Kreml von seiner Haupteinnahmequelle abzuschneiden. Er räumt ein, dass es schwieriger ist, die Sanktionen gegen den übrigen Handel Russlands zu verschärfen, da es schwierig ist, das gesamte globale Handelsnetz zu überwachen und jede Art von Ware, die gehandelt wird, genau zu verfolgen.

Die Untersuchung der Daten von 24 Ländern, einschließlich der direkten Exporte nach Russland und der Exporte in zentralasiatische Länder wie Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan, gibt laut IIF Aufschluss über diese Verschiebung. Obwohl Belarus nicht in Zentralasien liegt, ist es in der Kategorie „Handelsumlenkung“ enthalten, da seine Handelsaktivität stark angestiegen ist, was das in mehreren anderen Ländern beobachtete Muster widerspiegelt.

„Wir zeigen monatliche auf Dollar lautende Exportwerte für die USA und für Deutschland. Beide spiegeln gut wider, was in den meisten westlichen Ländern passiert ist: (i) die direkten Exporte nach Russland sind stark zurückgegangen; und (ii) es gibt einen Boom bei den Exporten nach Zentralasien, der den Rückgang der direkten Exporte nach Russland teilweise ausgleicht. Besonders ausgeprägt ist die Handelsumlenkung bei Ländern in geografischer Nähe zu Russland, darunter Polen und Litauen. Im letzteren Fall ist der Anstieg der Exporte nach Zentralasien so groß, dass er den Rückgang des direkten Handels mit Russland mehr als ausgleicht“, sagt Brooks.

Die Berechnung der Wachstumsrate des Handels zwischen dem ersten Halbjahr 2019 und dem ersten Halbjahr 2023 für die Exporte nach Russland und Zentralasien liefert weitere Details zu den Veränderungen der Handelsströme. Insbesondere die Türkei, China und Indien weisen ein einzigartiges Muster auf, das sowohl einen Anstieg der direkten Exporte nach Russland als auch einen erheblichen Anstieg der Exporte nach Zentralasien aufweist, so das IIF.

[bne IntelliNews - Exports from the West to Central Asia boom as sanctions on Russia remake global trade routes](#)

-----

### **Ist die EU-Grenze zu Belarus bald ganz dicht?**

Angesichts der Präsenz der Wagner-Gruppe in Belarus, erörtern die baltischen Staaten und Polen Möglichkeiten für eine vollständige Schließung ihrer Grenzen zu Belarus. Dies erklärte die litauische Innenministerin Agne Bilotaitė am 16. August. Die letzten Details einer „synchronen [...] regionalen Entscheidung“ sollen bei Gesprächen in Warschau am 28. August ausgearbeitet werden, fügte sie hinzu. Am 16.8. beschloss die litauische Regierung, die Grenzübergänge Tverečius und Šumskas zu Belarus ab 18.8. zu schließen.



Die übrigen vier Grenzübergänge zu Belarus – Medininkai, Lavoriškės, Raigardas und Šalčininkai – bleiben geöffnet.

Gemäß dem Beschluss des Verkehrsministeriums wird der Verkehr von den beiden geschlossenen Kontrollpunkten nach Medininkai umgeleitet. Dieser sei der größte und technisch am besten ausgestatteten Grenzkontrollpunkt an der Grenze zwischen Litauen und Belarus.

[Baltikum und Polen erwägen Schließung der belarussischen Grenze – EURACTIV.de](#)

---

### **Gastransit durch die Ukraine könnte 2025 auslaufen**

Während Deutschland aus dem Bezug russischen Gases über Pipelines längst ausgestiegen ist, beziehen mehrere EU-Länder in Südosteuropa weiterhin russisches Gas über das ukrainische Pipelinennetz. Dies könnte aber Ende 2024 zu Ende gehen. Die Regierung in Kyjiw will sich laut einer Meldung der österreichischen Nachrichtenagentur APA nicht an Gesprächen mit Russland über die Fortsetzung des Transits von russischem Gas durch ukrainisches Territorium beteiligen. „Wir werden ganz sicher nicht an Gesprächen mit den Russen teilnehmen, das ist absolut klar“, sagte der ukrainische Energieminister Herman Haluschtschenko dem ukrainischen Dienst des von der US-Regierung finanzierten Senders Voice of America (VOA). „Das nächste Jahr wird zeigen, ob Europa ohne russisches Gas auskommen kann.“

Die Voraussetzungen dafür seien seiner Ansicht nach gegeben. Russland hatte in Aussicht gestellt, den Vertrag über den Gastransit durch die Ukraine über das Jahr 2024 hinaus zu verlängern, wenn die Europäische Union weiterhin russisches Gas benötige. Die EU hat sich im Rahmen der Sanktionen gegen Russland wegen des Einmarschs in die Ukraine verpflichtet, bis 2027 auf russisches Gas zu verzichten. Dieses Ziel strebt auch Österreich an. Sollte das ukrainische Pipeline-Netz ausfallen, bliebe als einzige Verbindungslinie noch der Transit via TurkStream durch das Schwarze Meer in die Türkei und weiter nach Bulgarien bzw. die Lieferung russischen LNG-Gases.

[Ukraine schließt Gespräche mit Russland über Gastransit aus | SN.at](#)

---

### **Heineken verlässt Russland - Ein Euro für Brauereien**

Der niederländische Braukonzern Heineken hat laut dpa den Verkauf seiner Aktivitäten in Russland abgeschlossen und wird das Land endgültig verlassen. Die russische Arnest Group werde alle Anteile, darunter sieben Brauereien, zum symbolischen Preis von einem Euro übernehmen, teilte das Unternehmen demnach mit. Heineken erwartet einen Verlust von rund 300 Millionen Euro. Alle rund 1800 Mitarbeiter sollen ihren Arbeitsplatz behalten.

Nach der russischen Invasion der Ukraine im Februar 2022 und westlichen Sanktionen haben sich viele westliche Unternehmen aus Russland zurückgezogen. Auch Heineken

begann damit im März 2022. Biere unter der Marke wurden nicht mehr verkauft. Allerdings geriet der Brauer in die Kritik, weil andere Aktivitäten weiterliefen und neue Biermarken auf den Markt kamen. Das Unternehmen räumte daraufhin Fehler in der Kommunikation ein. Der Rückzug aus Russland habe länger gedauert als erwartet, sagte Heineken-Chef Dolf van den Brink. „Obwohl es viel länger dauerte, als wir gehofft hatten, wird diese Transaktion den Lebensunterhalt unserer Mitarbeiter sicherstellen und uns erlauben, das Land auf verantwortungsvolle Weise zu verlassen.“ Der Verkauf und die Produktion der Biermarke Amstel wird in den kommenden sechs Monaten eingestellt.

Die Arnest Group produziert Verpackungsmaterial, Kosmetik und Haushaltswaren. Nach Angaben von Heineken wurde eine Arbeitsplatzgarantie für die rund 1800 Mitarbeiter für die kommenden drei Jahre vereinbart.

-----

### **Tschechien erweitert nationale Sanktionsliste**

Tschechien hat den russischen Waffenoligarchen Boris Obnosov und seine beiden Verwandten auf die nationale Sanktionsliste des Landes gesetzt, dies berichtet bne intellinews. Der Schritt folge auf einen öffentlichen Aufschrei über Berichte über den luxuriösen Lebensstil, den Obnosov und seine Familie in Prag genießen.

„Der russische Oligarch, der für die Produktion von Raketen verantwortlich ist, die unschuldige Ukrainer töten, muss mit den Konsequenzen rechnen. Genauso wie diejenigen, die mit dem Geld der Händler des Todes ein luxuriöses Leben in Tschechien führen“, erklärte der tschechische Außenminister Jan Lipavsky in der Pressemitteilung des Ministeriums.

Obnosov ist der Vorstandsvorsitzende der staatlichen russischen KTRV-Holding, einem Hersteller und Lieferanten von Waffensystemen, einschließlich Raketen, für die russische Armee.

[bne IntelliNews - Czechia adds three more Russians to national sanctions list](#)

-----

### **EU-Beitrittskandidaten übernehmen Belarus-Sanktionen**

Die EU-Beitrittskandidaten Nordmazedonien, Montenegro, Albanien, Ukraine und Bosnien und Herzegowina sowie die EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen haben sich den jüngsten Belarus-Sanktionen der EU angeschlossen.

Auf der erweiterten Sanktionsliste stehen Strafvollzugsbeamte, Richter, Staatsanwälte, Ermittler, Fernsehmoderatoren und staatliche Einrichtungen.

[Statement by the High Representative on behalf of the EU on the alignment of certain countries concerning restrictive measures in view of the situation in Belarus and the involvement of Belarus in the Russian aggression against Ukraine - Consilium \(europa.eu\)](#)

-----

### **Aktualisierung der FAQ zu den EU-Sanktionen**

Die EU hat ihre FAQ zu den Russland-Sanktionen aktualisiert.

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

-----

### **Weitere Informationen zu EU-Sanktionen:**

[Sanctions \(restrictive measures\) \(europa.eu\)](#)

-----

## 4. Russland

---

### Steht Russland vor einer Verstaatlichungswelle?

Wirtschaft und Unternehmertum in Russland schauen derzeit besorgt auf Versuche, in den Neunzigerjahren privatisierte Unternehmen wieder unter staatliche Kontrolle zu bringen, dies berichtet die AHK Moskau in Ihrem Morgentelegramm und verweist auf die Übergabe der Danone-Holding und der Carlsberg-Brauerei Baltika in staatsnahe Verwaltung bzw. an einen Verwandten des tschetschenischen Machthabers Ramsan Kadyrow. Seitdem wird darüber spekuliert, welche weiteren ausländischen Unternehmen ins Visier der Behörden geraten könnten. In Russland errege zudem der Fall des Chemieunternehmens Metafrax Chemicals Aufsehen. Ein Gericht in Perm hatte Anfang September dem Staat die Anteile des Chemieproduzenten zugesprochen. Begründet wurde diese Maßnahme mit Rechtsverstößen bei der Privatisierung 1992.

Beim gerade zu Ende gegangenen Wirtschaftsforum in Wladiwostok habe sich Wirtschaftsminister Maxim Reschetnikow gegen eine solche „Entprivatisierung“ ausgesprochen. „Das ist ein Weg ins Nirgendwo, und er entmutigt viele Menschen. Viele beginnen sich zu fragen, wo die roten Linien verlaufen“, sagte der Politiker am Rande des Forums. „Man kann lange in der Vergangenheit herumstochern bei der Frage, ob alles perfekt gemacht wurde oder nicht ganz so perfekt, und vom Standpunkt welcher Gesetze das ideal ist.“

Auch Wladimir Putin äußerte sich demnach auf dem Forum zum Thema Verstaatlichung: „Eine Entprivatisierung wird es nicht geben, das kann ich Ihnen versichern“, sagte der russische Präsident, „die Staatsanwaltschaft befasst sich mit einzelnen Bereichen, mit einzelnen Unternehmen. Die Sicherheitsorgane haben das Recht, Wirtschaft und konkrete Fälle zu überprüfen.“ Dahinter stünden aber keine Beschlüsse der Regierung, sagte Putin. „Niemandem wird das Leben zum Albtraum gemacht, aber alle müssen sich an die Gesetze Russlands halten“, so Putin.

Beunruhigt über die „schleichende Nationalisierung“ zeigte sich auch der Chef des einflussreichen Unternehmerverbands RSPF Alexander Schochin. „Niemand von uns weiß, wer als nächster an der Reihe ist“, sagte er in einem Interview.

Die russische Generalstaatsanwaltschaft hat laut Medienberichten seit Anfang dieses Jahres Dutzende Klagen gegen Unternehmen eingereicht, in denen sie die Rückgabe von Eigentum fordert. Betroffen sind beispielsweise die russischen Energieversorger TGK-2 und Sibeco sowie die Holding Pokrovsky.

[Глава РСПП заявил о беспокойстве крупного бизнеса из-за изъятия активов – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

-----

## **Reuters:**

### **Russische Regierung verlangt noch mehr Geld bei Firmenverkäufen**

Einige ausländische Unternehmen, die sich aus Russland zurückziehen wollen, sehen sich mit weiter steigenden Abgaben konfrontiert, berichtet Reuters. Demnach verlange die russische Regierung bei Firmenverkäufen nun weitere Rabatte. Ausländische Unternehmen haben aufgrund von Abschreibungen und entgangenen Einnahmen bereits Verluste in Höhe von mehr als 80 Milliarden Dollar aus ihren russischen Betrieben erlitten, wie eine Analyse von Reuters von Unternehmensunterlagen und -erklärungen zeigt. Die Financial Times hatte kürzlich sogar einen Betrag von über 100 Milliarden Dollar errechnet.

Der niederländische Bierbrauer Heineken (HEIN.AS) erklärte kürzlich, er habe seinen Rückzug aus Russland mit dem Verkauf seiner dortigen Aktivitäten an die russische Arnest-Gruppe für einen symbolischen Euro abgeschlossen.

Moskau hat außerdem schrittweise zusätzliche Ausstiegshürden aufgestellt. Außerdem droht die Gefahr einer Verstaatlichung, insbesondere nach der Beschlagnahmung der russischen Vermögenswerte der dänischen Brauerei Carlsberg (CARLb.CO) und des französischen Joghurt-Herstellers Danone (DANO.PA) im Juli.

Zu den Unternehmen, mit denen noch über den Ausstieg verhandelt wird, gehören der Telekommunikationskonzern Veon (VON.AS), der an der Nasdaq notierte Technologiekonzern Yandex (YNDX.O) und der italienische Kreditgeber Intesa (ISP.MI).

Moskau verlangt bereits einen Rabatt von 50 Prozent auf alle ausländischen Geschäfte, nachdem die von der russischen Regierung ausgewählten Berater das Unternehmen bewertet haben.

Russland verlangt außerdem einen Beitrag zum russischen Haushalt in Höhe von mindestens 10 Prozent des Preises.

Drei Personen, die mit dem Ausstiegsverfahren für ausländische Unternehmen vertraut sind, sagten jedoch, dass bei einigen Geschäften zusätzliche Preisnachlässe gefordert werden, bevor die Regierung grünes Licht gibt. Die Quellen baten um Anonymität, da die Informationen vertraulich sind.

Das russische Finanzministerium erklärt, dass es keine Senkung der endgültigen Verkaufspreise erzwingt, aber die Bewertungen während des Verkaufsprozesses anpassen kann. „Der Preis kann nur dann geändert werden, wenn die Kommission auf eine falsche Bewertung des Marktwerts eines ausländischen Unternehmens hinweist“, hieß es in einer schriftlichen Antwort auf Fragen von Reuters. Auch das Wirtschaftsministerium und die Zentralbank bewerten Unternehmen und können ebenfalls eine „Korrektur“ des Preises vornehmen, hieß es. Eine Regierungskommission, die ausländische Investitionen überwacht, muss Geschäfte genehmigen, an denen Unternehmen aus so genannten „unfreundlichen“ Ländern beteiligt sind, d. h. aus Ländern, die wegen des Vorgehens in der Ukraine Sanktionen gegen Russland verhängt haben. Auch Banken und Energieunternehmen benötigen für einen Verkauf die persönliche Zustimmung von Präsident Wladimir Putin.

Eine Finanzmarktquelle, die mit Unternehmen zusammenarbeitet, die Russland verlassen wollen, sagte, dass die Kommission einige Geschäfte mit der Begründung zurückschickt, dass die Bewertung 20 bis 30 Prozent niedriger sein sollte. Es handelt sich um eine „unberechenbare Blackbox“, sagte diese Person.

[Exclusive: Moscow demands bigger discounts from foreign companies exiting Russia | Reuters](#)

### **Unternehmensexodus füllt russische Staatskasse**

Der russische Staat hat von Ende 2022 bis Mitte August 2023 57 Milliarden Rubel (ca. 530 Millionen Euro) durch den Rückzug westlicher Unternehmen aus Russland eingenommen. Darüber berichtet das Wirtschaftsportal RBC mit Hinweis auf das öffentliche Datenportal zum Staatshaushalt. Die Einnahmen stammen aus der Gebühr, die der Staat zur Genehmigung von Unternehmensverkäufen von westlichen Unternehmen verlangt. Diese Gebühr liegt bei fünf bis zehn Prozent des Marktwerts der zu verkaufenden Anteile. Die Gebühr wird in der Regel von den russischen Käufern beglichen. Sie profitieren allerdings von einer anderen Bedingung für die Genehmigungen, der zufolge westliche Unternehmen einen Preisnachlass von mindestens 50 Prozent des Marktwerts gewähren müssen.

[Безвозмездные сборы с бизнеса в бюджет превысили Р50 млрд — РБК \(rbc.ru\)](#)

### **Russland will Vermögenstausch**

Russlands Finanzministerium und Zentralbank haben laut einer Meldung des AHK-Morgentelegramms unter Berufung auf Artikel in Vedomosti und RBK einen Mechanismus zum „Auftauen“ von Vermögenswerten angekündigt. Westliche Investoren sollen demnach das Angebot erhalten, mit ihren in Russland eingefrorenen Mitteln russische Vermögenswerte zu kaufen, die im Ausland eingefroren sind. Details zum in Arbeit befindlichen Erlass sind noch nicht bekannt. Experten erwarten, dass der Tausch nicht eins zu eins, sondern nur mit einem Rabatt seitens der Ausländer möglich sein wird. Bisher sei bekannt, dass Russland in einem ersten Schritt Privatanlegern die Freigabe von insgesamt 100 Milliarden Rubel (970 Millionen Euro) anbieten will. Das dürfte aber nur mit Bewilligung der westlichen Staaten umzusetzen sein, geben Experten zu bedenken. Mehrere Spitzenbeamte der EU bezweifelten gegenüber der Financial Times, dass der von Russland vorgeschlagene Wertetausch in absehbarer Zukunft realistisch sei.

Auch Focus-online und die Berliner Zeitung berichten über die Pläne des Kreml. Die Zentralbank Russlands habe demnach erklärt, dass interessierte westliche Investoren die Möglichkeit erhalten würden, Vermögenswerte russischer Unternehmen zu erwerben, die in Europa immobilisiert sind. Dies würde durch den Einsatz ihrer eigenen in Russland eingeschränkten Mittel erfolgen, die nicht außerhalb des Landes ausgegeben werden können.

Nicht näher genannte Beamte teilten der „Financial Times“ jedoch mit, dass sie von diesem Vorschlag nichts wüssten und keine Gespräche über einen möglichen Vermögensaustausch stattfänden. Vier hochrangige europäische Beamte bestätigten der Zeitung, dass zwischen der EU und Russland keine Verhandlungen über einen möglichen Tausch von Finanzvermögenswerten stattfinden.

Von Seiten Russlands wurde zwar noch keine genaue Beschreibung des vorgeschlagenen Tauschs veröffentlicht. Finanzminister Anton Siluanow und die russische Zentralbank gaben jedoch an, dass die Details in einem Dekret festgelegt würden, das von Putin unterzeichnet werden soll. Der Tausch wird laut Zentralbank „freiwillig“ und die Menge der Vermögenswerte „begrenzt“ sein.

Die neue Regelung betrifft offenbar in erster Linie westliche Banken in Russland. „Wir haben unsere Position dargelegt und sie bleibt bestehen: „Wir werden hart sein, wenn es darum geht, ausländische Banken gehen zu lassen, es wird von der Entscheidung abhängen, russische Vermögenswerte freizugeben“, sagte Alexei Moiseev, Russlands stellvertretender Finanzminister, auf einem Forum, wie „Reuters“ berichtete.

Von 1.000 Unternehmen, die in den ersten zwei Monaten nach Beginn des Ukraine-Kriegs im Februar 2022 ankündigten, sich freiwillig aus dem Land zurückzuziehen, haben laut einer aktuellen Studie der Universität Yale 535 den Rücken gekehrt, berichtete OstIndisder daily am 4. September. Mehr als 2.000 Unternehmen beantragten demnach inzwischen eine Genehmigung für den Rückzug aus dem russischen Markt, die Fortschritte seien unter anderem aufgrund logistischer Verzögerungen, hoher Hürden von russischer Seite und fehlender Genehmigungen nur langsam zu sehen.

Die österreichische Raiffeisen Bank, die größte noch in Russland tätige westliche Bank, die an einem Verkauf oder einer Abspaltung ihres lokalen Geschäfts arbeitet, erklärte in ihrem am 1. August veröffentlichten Halbjahresbericht, dass „die lokalen und internationalen Gesetze und Vorschriften für den Verkauf von Unternehmen in Russland einem ständigen Wandel unterliegen“. Minister Moiseev sagte jetzt, dass es eine ausländische Bank gebe, die sich um den Verkauf ihrer Vermögenswerte in Russland bewerbe, so „Reuters“. Er nannte den Namen der Bank nicht, fügte aber hinzu, dass Raiffeisen keinen solchen Antrag gestellt habe.

Während westliche Banken ihr Engagement auf dem russischen Markt reduziert haben oder daran arbeiten, es herunterzufahren, versuchen chinesische Banken, in ihre Fußstapfen zu treten. Nach Angaben der Kyiv School of Economics haben die vier großen chinesischen Banken – die Bank of China, die Industrial & Commercial Bank of China, die China Construction Bank und die Agricultural Bank of China – ihre Kreditvergabe an Russland zwischen Februar 2022 und März 2023 mehr als vervierfacht, berichtet die „Financial Times“. Die vier großen chinesischen Banken hatten Anfang Februar 2022 zusammen ein Engagement von 2,2 Mrd Dollar im russischen Bankensektor. Laut „FT“ stieg dieses Engagement bis Ende März 2023 auf fast 10 Mrd Dollar.

Fast 200 Milliarden Euro russischer Vermögenswerte wurden bei Euroclear, dem weltweit größten Abwicklungshaus, durch Sanktionen eingefroren. EU-Beamte prüfen Möglichkeiten, die Gewinne dieser Vermögenswerte zu nutzen und sie als finanzielle Hilfe für Kiew anzubieten.

Viele westliche Unternehmen haben Schwierigkeiten, sich aus Russland zurückzuziehen oder ihre Vermögenswerte dort abzuschreiben. Trotzdem generieren der „Financial Times“ zufolge viele ihrer russischen Geschäfte weiterhin Gewinne, die laut russischem Recht nur im Land gehalten werden können.

[Российские власти предложат иностранцам обменяться активами - Ведомости \(vedomosti.ru\)](https://www.vedomosti.ru)

-----

### **Erleichterte Dividendenzahlungen aus Russland ins Ausland?**

In Russland wurden nach Informationen der Rechtsanwälte von Brand&Partner die Kriterien für die Auszahlung von Dividenden an Personen aus „unfreundlichen“ Staaten ergänzt. Grundlage ist die Veröffentlichung des neuen Auszugs aus dem Protokoll der Sitzung der Unterkommission der Regierungskommission zur Kontrolle über die Durchführung ausländischer Investitionen in Russland vom 9. August 2023 Nr. 182/5 („Auszug“).

Nach den neuen Regelungen sehen Brand&Partner laut einem Beitrag in ihrem Russland-Newsletter folgende Optionen zur Dividendenzahlungen an Gesellschafter aus „unfreundlichen“ Staaten:

- Bei Dividendenzahlungen in Höhe von 10 Millionen Rubel pro Monat und weniger ist nach wie vor keine Genehmigung der Regierungskommission erforderlich. Dabei ist zu beachten, dass bei der Berechnung des Schwellenwerts auch die im jeweiligen Kalendermonat zurückgezahlten Darlehensbeträge und/oder gezahlte Zinsen zu berücksichtigen sind.
- Bei Dividendenzahlungen ab 10 Millionen Rubel pro Monat ist eine Genehmigung der Regierungskommission einzuholen. Neu sei, dass diese jetzt nach zwei alternativen Varianten erteilt werden könne:
  - a. Erteilung der Genehmigung, falls die Voraussetzungen gemäß dem Auszug vom 7. Juli 2023 Nr. 171/5 erfüllt werden (Beschränkung auf 50% des Nettogewinns des Vorjahres, Erfüllung von KPI, usw.).
  - b. Neu ist die Möglichkeit der Erteilung der Genehmigung der Regierungskommission ohne Erfüllung der im vorherigen Punkt genannten Kriterien. Vielmehr richte sich die mögliche Auszahlungshöhe nach dem Investitionsvolumen des jeweiligen Unternehmens, die dieser seit dem 1. April 2023 in die russische Wirtschaft getätigt hat. Zu solchen Investitionen gehören u.a. die Ausweitung der Produktion sowie die Entwicklung neuer Technologien.

Die Neuregelungen seien ein positives Signal für ausländische Unternehmen, die weiterhin in Russland tätig sind, kommentieren die Rechtsanwälte. Gleichzeitig sei aber weiterhin davon auszugehen, dass das Genehmigungsverfahren einen erheblichen Zeit- und Verwaltungsaufwand erfordern wird.



---

## **Chinas Banken stützen russischen Kapitalmarkt**

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine haben sich zahlreiche westliche Banken aus Russland verabschiedet. In diese Lücke sind Geldhäuser aus China gestoßen: Sie haben ihr Engagement vervierfacht. Dies berichtet Tagesschau.de

Während sich westliche Geldhäuser wegen des Angriffs auf die Ukraine aus Russland zurückzogen, haben chinesische Banken dem Land deutlich mehr Geld zur Verfügung gestellt. Chinas Kreditvergabe im russischen Bankensektor hat sich den Berechnungen der Kyiv School of Economics für die „Financial Times“ zufolge bis Ende März 2023 vervierfacht. Die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC), die Bank of China, die China Construction Bank und die Agricultural Bank of China erhöhten ihr gemeinsames Engagement in Russland in den 14 Monaten nach dem Einmarsch um 2,2 Milliarden Dollar auf 9,7 Milliarden Dollar, wie aus den Daten der russischen Zentralbank hervorgeht. Allein auf die ICBC und die Bank of China entfallen danach zusammen rund 8,8 Milliarden Dollar.

Die chinesischen Kreditgeber sind an die Stelle westlicher Banken getreten, die Russland aufgrund von internationalen Sanktionen und Druck aus den eigenen Ländern nicht mehr unterstützen. "Die Kredite chinesischer Banken an russische Banken und Kreditinstitute, bei denen der Yuan größtenteils den Platz von Dollar und Euro einnimmt, zeigen, dass die Sanktionen ihre Wirkung zeigen", so Andrii Onopriienko, stellvertretender Direktor für Entwicklung an der Kyiv School of Economics, der die Daten zusammengestellt hat.

[Chinas Banken unterstützen Russland mit Milliarden | tagesschau.de](#)

---

## **Berliner Zeitung: Umgehung von Russland-Sanktionen über Kirgisistan**

Seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges sind die Exporte von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck – also die sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich eingesetzt werden – aus Kirgisistan nach Russland stark angestiegen. Die Berliner Zeitung ist dem Thema nachgegangen und spricht von Sanktionsumgehung in großem Umfang.

Insbesondere elektronische Komponenten wie Halbleiter, elektronische integrierte Schaltkreise und Kondensatoren der amerikanischen Hersteller Texas Instruments und Analog Devices seien in jüngster Vergangenheit über Kirgisistan nach Russland geliefert worden. Dies hätten Journalisten von Radio Azattyk (ein kirgisischer Zweig des US-Mediums Radio Free Europe/ Radio Liberty - Anm. d. Red.) herausgefunden. Die Komponenten würden offenbar in den russischen Infanterie-Kampffahrzeugen zu Kommunikationszwecken eingesetzt. Zum Beispiel, der in Bischkek ansässige Exporteur RM Design and Development hat seit seiner Gründung im März 2022 dem Bericht zufolge Hunderte Chargen von solchen Gütern mit dem doppelten Verwendungszweck nach Russland geliefert. Die Abnehmer in Russland oder deren Personal haben früher die russische Militärindustrie beliefert.

Laut UN-Handelsdaten importierte Kirgisistan im Jahr 2021 auch noch keine Teile für Flugzeuge, Hubschrauber und Drohnen. Doch im Jahr 2022 hat das Land solche Güter für 3,5 Millionen US-Dollar hauptsächlich aus den USA ins Land eingeführt und im Wert von 1,5 Millionen US-Dollar nach Russland wieder ausgeführt, wie das unabhängige kirgisische Medienunternehmen und die Online-Zeitung Kloop herausfand.

Die Politiker des Landes erklären regelmäßig, dass die Behörden alle Anstrengungen unternehmen würden, um den Export sanktionierter Waren nach Russland zu verhindern. So war es auch bei der Erklärung des Staatlichen Komitees für nationale Sicherheit Kirgisistans, über die die Berliner Zeitung berichtete. „Weder der kirgisische Staat selbst noch irgendwelche staatlichen Strukturen und Unternehmen“ seien an der Verletzung der gegen Russland verhängten westlichen Sanktionen beteiligt, hieß es vom Komitee.

Doch in der Tat begann das Nationale Statistikkomitee des Landes, Daten über den Export von einigen Gütern zu verschleiern, wie Journalisten von Kloop und dem Netzwerk Zentrum für das Studium von Korruption und Organisierter Kriminalität (OCCRP) in einer Recherche feststellen. Zum Beispiel hat die Statistikbehörde des Landes der Recherche zufolge auf die Angabe der Waren mit vollständigen zehnstelligen Codes verzichtet. Es werden jetzt lediglich Warengruppen mit vierstelligen Codes verallgemeinert bekannt gegeben, was den Export sanktionierter Güter effektiv verschleiert.

Insgesamt sind nach Kloop-Informationen Dutzende von kirgisischen Firmen an der Sanktionsumgehung beteiligt. So lieferte Kas Impuls, das erste Werk in Zentralasien für die Herstellung von Zündern, von Januar bis April dieses Jahres nach einer Kloop-Recherche 661.000 Zünder nach Russland. Das Werk selbst produzierte davon mindestens 19.600 Stück, andere konnten aus China geliefert werden. Der Abnehmer in Russland war Orica Cis, eine Tochterfirma der Evoblast-Gruppe, einem russischen Hersteller von Industriesprengstoffen und Zündsystemen für die Bergbau- und Bauindustrie. Keine der Lieferungen von Kas Impuls ist in den offiziellen Statistiken Kirgisistans enthalten. Es lässt sich nur schwer abschätzen, wie viele weitere solcher Lieferungen aus den Berichten verschwunden sind.

Kas Impuls steht dabei nicht auf der Sanktionsliste der USA für kirgisische Unternehmen. Im Juli hatte das Finanzministerium der USA vier davon sanktioniert mit der Begründung, sie würden den russischen Militärssektor unterstützen und Russland mit Gütern mit doppeltem Verwendungszweck belieferten. Betroffen sind die oben erwähnte Firma RM Design and Development, aber auch GTME Tekhnologii, nach Angaben des US-amerikanischen Finanzministeriums ein Lieferant von Tantal-Elektrolytkondensatoren; Progress Leader, der das russische Unternehmen Siiasi mit elektronischen und optischen Geräten sowie Computern beliefert, und Kargolayn, ein Lieferant von Flugzeugteilen für Boeing und Airbus. Die Berliner Zeitung hat über die Sanktionsumgehung im russischen Flugverkehr bereits berichtet.

[Nach Drohung der USA – Kirgisistan zu Russland-Exporten: „Das soll Sie nicht interessieren“ \(berliner-zeitung.de\)](#)

-----

## Latvian exports of sanctioned goods soar to Russia's neighbours

Latvian trade with Russia's neighbours has soared, particularly in mechanical and electrical equipment, as exports of sanctioned goods to Russia itself have stopped, indicating circumvention of sanctions, according to Latvian Television's programme De Facto.

In many export categories where some of the goods are sanctioned, against a drop in export to Russia, there is a rapid jump to one of the countries of Eurasian economic cooperation, which facilitates customs procedures for Russia: Kazakhstan, Kyrgyzstan, or Armenia.

This is particularly apparent in the category of mechanical and electrical equipment, where exports to Russia fell by a quarter last year, while growth in the three countries was between five and 12 times. This year, exports have continued to grow particularly rapidly to Kyrgyzstan.

In electronic integrated circuits, Latvian exports to Russia used to have a value of more than 6.5 million Euro. Following the introduction of EU sanctions, the volume has fallen to zero, but at the same time, Latvia started exporting to Kazakhstan, which is a joint customs union with Russia. Compared to pre-war years, exports to Kazakhstan climbed from 100,000 Euro to 3.6 million Euro in 2022.

The circumvention of sanctions, including the export of banned goods to Russia through third countries, is subject to criminal liability. Deputy Director of State Revenue Service (VID) Customs Administration Sandra Kārklīņa-Ādmīne says the authority is working actively with customs authorities in Central Asian countries to understand what is happening with cargo. Since the Russian invasion of Ukraine, the VID has launched more than 200 criminal proceedings for the violation of sanctions.

---

## Uniqlo stellt Geschäft in Russland ein

Der japanische Bekleidungshersteller Uniqlo verlässt Russland. Das Unternehmen habe alle Mietverträge für seine Geschäfte im Land gekündigt, berichtet die Zeitung „Wedomosti“ laut t-online und beruft sich auf Angaben betroffener Einkaufszentren. Allen Mitarbeitern wurden elf Monatsgehälter gezahlt, und anschließend wurden sie entlassen. Die japanischen Mitarbeiter sollen in andere Länder versetzt werden. Nach Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine hatte das Unternehmen vorübergehend alle Filialen geschlossen, allerdings die Mitarbeiter und Mieten der Filialen weiter bezahlt. Ende 2022 soll das Unternehmen durch die Mieten laut der russischen Zeitung „Kommersant“ umgerechnet fast 100 Millionen Euro Verlust gemacht haben. Ehemalige Mitarbeiter sagten „Wedomosti“, dass das Unternehmen nicht vorhabe, den russischen Arm des Unternehmens vollständig aufzulösen. Stattdessen habe man die Hoffnung, in Zukunft das Geschäft wieder aufzunehmen.

[Russland: Japanische Bekleidungsfirma Uniqlo beendet Geschäft in Russland \(t-online.de\)](https://www.t-online.de)

---

## **Auch Pizza-Kette Domino's verlässt Russland**

Wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine will der Pizza-Riese Domino's alle seine 142 Geschäfte schließen, dies berichtet die Bild-Zeitung. Wie DP Eurasia, das die Franchise-Rechte für Russland, die Türkei, Aserbaidschan und Georgien besitzt, mitteilte, wird es für seine Russland-Sparte Konkurs anmelden. In der Mitteilung des Unternehmens hieß es: „Angesichts des immer schwieriger werdenden Umfelds sieht sich die unmittelbare Holdinggesellschaft von DPRussia nun zu diesem Schritt gezwungen, der die Beendigung des versuchten Verkaufsprozesses von DPRussia als laufendes Unternehmen und zwangsläufig die Präsenz der Gruppe in Russland zur Folge haben wird.“ Domino's folgt auf Unternehmen wie McDonalds oder Starbucks, die bereits vor längerer Zeit ihr Russland-Geschäft verkauft haben.

[Domino's Pizza: Fastfood-Riese schließt 142 Filialen in Russland | Politik | BILD.de](#)

---

## **LKW-Transit bleibt verboten**

Am 30. Juni hat die russische Regierung das Warentransportverbot durch das Hoheitsgebiet Russlands mit Lastkraftwagen aus den sogenannten unfreundlichen Staaten um weitere sechs Monate verlängert – bis zum 30. Dezember 2023. Der entsprechende Erlass sieht auch ein Verbot des Gütertransports mit polnischen Lastkraftwagen vor. Ausnahmen gelten für kritisch-bedeutsame Güter wie Arzneimittel und Medizinprodukte. Das Verbot erstreckt sich nicht auf Transporte in die Region Kaliningrad. Seit dem 1. Juni verbietet Polen die Einfahrt russischer und belarussischer Lastwagen. Das Verbot des Warentransports durch das Territorium Russlands mit Lastkraftwagen unfreundlicher Länder wurde am 10. Oktober letzten Jahres als Reaktion auf „unfreundliche und völkerrechtswidrige Handlungen einiger ausländischer Staaten“ eingeführt. Betroffen sind die Länder der Euro-Zone, Großbritannien, Norwegen und die Ukraine.

[Запрет на въезд фур из недружественных стран продлили на полгода — РБК \(rbc.ru\)](#)

---

## **Russland wird von Flugkommunikation abgekoppelt**

Inländische und ausländische Fluggesellschaften, die Flüge zwischen Russland und anderen Ländern anbieten, könnten bereits im Herbst Schwierigkeiten haben, solche Flüge anzubieten. Der Grund dafür könnte sein, dass Russland von den Telekommunikationskanälen des globalen Anbieters von Dienstleistungen für die Zivilluftfahrt, der Schweizer Gesellschaft Societe Internationale de Telecommunication Aeronautiques (SITA), abgeschnitten wurde. Drei Quellen, die bei einer ausländischen bzw. zwei russischen Fluggesellschaften beschäftigt sind, berichtete das russische Wirtschaftsportal RBC.

Der SITA-Kanal - "aviation SWIFT" - ist das traditionelle und am weitesten verbreitete Instrument in der globalen Zivilluftfahrt für den Informationsaustausch, zum Beispiel zwischen Fluggesellschaften und Flughäfen. Er hat mehr als 2,5 Tausend Kunden in 200 Ländern, die Lösungen des Anbieters werden von mehr als tausend Flughäfen genutzt, die Technologie ist laut der Website des Unternehmens bei 90 Prozent aller internationalen Flüge auf der Welt im Einsatz. „Aufgrund der für Ende September geplanten Abschaltung werden russische Fluggesellschaften nicht mehr in der Lage sein, Daten über Flüge, Passagiere und Gepäck über die SITA-Gateways an die Informationssysteme internationaler Flughäfen zu übermitteln“, sagt einer der Gesprächspartner von RBC. Ihm zufolge werden die ausländischen Fluggesellschaften wiederum ohne den üblichen SITA-Kanal für den Datenaustausch mit den Informationssystemen der russischen Flughäfen dastehen. „Es gibt ein Problem, das heikel ist und sicherlich eine Lösung erfordert“, fügt eine Quelle in einer ausländischen Fluggesellschaft hinzu.

Das russische Verkehrsministerium sei sich der Situation mit SITA bewusst. Für den internationalen Verkehr ist es notwendig, den Informationsaustausch zwischen russischen und internationalen Netzwerken zu gewährleisten und alternative Kommunikationskanäle zu organisieren, so der Pressedienst des Ministeriums gegenüber RBC: „Für die meisten Länder mit internationalen Flügen ist dieses Problem bereits gelöst, für die übrigen wird noch mit den Luftfahrtbehörden verhandelt.“

[Перевозчики рассказали о проблеме отключения «авиационного SWIFT» — РБК \(rbc.ru\)](https://rbc.ru)

### **US-Pharmaunternehmen stoppt Lieferungen nach Russland**

Das amerikanische Pharmaunternehmen Merck (MSD) wird ab 2024 die Belieferung Russlands mit Zepatier, einem der populärsten Medikamente zur Behandlung von Hepatitis C, einstellen, berichtete die Zeitung Kommersant unter Berufung auf die föderale Gesundheitsbehörde Russlands. Zepatier wird zur Behandlung von Hepatitis C der Genotypen 1, 3 und 4 bei Erwachsenen eingesetzt. Im Jahr 2022 machte das Medikament Berichten zufolge 19 Prozent der von der russischen Regierung bezahlten Behandlungen aus, in der ersten Hälfte des Jahres 2023 waren es 18 Prozent. In Russland gibt es keine Analoga für das Medikament, und MSD wird das Patent dort bis 2030 halten.

### **Russischer Ölboom in Indien**

Bis zum vergangenen Frühjahr war Indien kein bedeutender Käufer von russischem Öl. Laut indischem Handelsministerium bezog das Land im Januar 2022 nur 0,3 Millionen Tonnen aus Russland. Nach dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine sind die indischen Ölimporte aus Russland drastisch gestiegen. Dies berichtet die AHK Moskau unter Zusammenfassung aktueller Presseberichte von Reuters und russischer Medien. Offensichtlicher Grund für den Exportboom sind die westlichen Sanktionen gegen Russland. Analysten beziffern die indischen Rohölimporte für Mai 2023 auf 8,5 Millionen Tonnen und auf 9,2 Millionen Tonnen für Juni. Russland liefert nun gut die Hälfte der

Ölimporte des bevölkerungsreichsten Landes der Erde. Indien hat nach den USA und China den dritthöchsten Ölverbrauch der Welt, den es zu 80 Prozent aus Importen deckt.

Zudem deutet sich eine zunehmende Missachtung des westlichen Ölpreisdeckels an. Der Trick dabei: Die Transportkosten für Rohöl werden künstlich hochgerechnet. Die russischen Preisnachlässe für Indien seien auch deshalb von bis zu 30 US-Dollar pro Barrel Urals auf nur noch vier Dollar gesunken. Zwar bewege sich der Preis pro Barrel knapp unter der von westlichen Sanktionen eingeforderten 60-Dollar-Obergrenze. Allerdings hätten die russischen Exporteure die Frachtpreise auf 11 bis 19 Dollar pro Barrel erhöht. Das sei fast das Doppelte der üblichen Preise für Schiffslieferungen aus den Ostsee- und Schwarzmeerhäfen.

Für die kommenden Monate erwarteten Analysten keine weitere Steigerung der Importmengen, auch da während der Monsunzeit der Bedarf sinke. Die russischen Ölexporte nach China beliefen sich im Juni laut Informationen der AHK auf 10,5 Millionen Tonnen: ein Fünftel aller chinesischen Erdölimporte. Dafür mussten die Chinesen 68 US-Dollar pro Barrel zahlen, für Öl aus Saudi-Arabien hingegen 78,5 Dollar.

[India's Russian oil buying scales new highs in May | Reuters](#)

## 5. USA

---

### **USA kaufen immer mehr Uran in Russland**

Während die USA wirtschaftspolitisch die Abkehr von fossiler, russischer Energie vorantreiben, laufen die Geschäfte mit dem Land von Präsident Wladimir Putin ungeachtet der geopolitischen Lage auf Hochtouren. Energieunternehmen der Vereinigten Staaten beziehen offenbar trotz Sanktionen vom indirekten Kriegsgegner in großem Stil Uran, als notwendiges Mittel für die Klimawende. Dies berichtet die Frankfurter Rundschau.

Schon unter Ex-Präsident Barack Obama sei der Ausbau von Atomstrom-Kapazitäten in die Wege geleitet worden, um unabhängiger von klimaschädlicher, fossiler Energie zu werden. So ist Uran als Brennstoff in den Vereinigten Staaten für mehr als die Hälfte der emissionsfreien Energie verantwortlich, für die Mehrheit der US-Staaten spielt Atomkraft beim Erreichen der Klimaschutzziele auch künftig eine bedeutende Rolle. Eine unverzichtbare Rolle spielt hierbei auch im Jahr 2023 Russland:

In den ersten sechs Monaten haben die USA rund 416 Tonnen russisches Uran gekauft, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um mehr als das Doppelte bedeutet. 32 Prozent aller Uran-Importe kommen nun aus Russland, schildert das Portal Exxpress.at. Dafür sei eine Summe in Höhe von 695,5 Millionen US-Dollar geflossen – der höchste Wert seit dem Jahr 2005. Der Bericht bezieht sich auf die russische Nachrichtenagentur Sputnik, im ersten Halbjahr 2022 wurden demzufolge lediglich 188 Tonnen Uran transportiert.

Wenn man glaubt, es handele sich um eine Verschwörungstheorie, den bekehrt ein Blick in die New York Times: Das Blatt analysierte die bizarre Lage auf dem amerikanischen Energiesektor. „Etwa ein Drittel des in den USA verbrauchten angereicherten Urans wird mittlerweile aus Russland importiert, dem billigsten Produzenten der Welt“, so die These. Den Rest des Uran-Aufkommens erhält man demnach aus anderen Teilen Europas, hauptsächlich von Großbritannien sowie Frankreich.

[Trotz Sanktionen: USA kaufen Uran aus Russland - Einfuhren offenbar drastisch erhöht \(fr.de\)](#)

-----

### **Fall Nawalny – weitere Sanktionen**

Das Office of Foreign Assets Control hat vier Agenten des russischen Geheimdienstes FSB sanktioniert, die mutmaßlich an der Vergiftung des russischen politischen Gegners Aleksey Navalny im August 2020 beteiligt waren:

- Alexey Alexandrovich Alexandrov
- Konstantin Kudrjawzew
- Iwan Wladimirowitsch Osipow
- Wladimir Alexandrowitsch Panjajew

Das US-Außenministerium hat gegen die gleichen Personen Visabeschränkungen verhängt.

[Treasury Targets Individuals Involved in the Poisoning of Aleksey Navalny | U.S. Department of the Treasury](#)

[USA verhängen Sanktionen gegen vier mutmaßliche FSB-Agenten - DER SPIEGEL](#)

-----

### **Sanktionen wegen Zwangsdeportation ukrainischer Kinder**

Die USA haben zwei Einrichtungen und elf Personen neu sanktioniert, die an der Zwangsdeportation ukrainischer Kinder aus den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine nach Russland beteiligt gewesen sein sollen. Es handelt sich um:

- die russischen Regierungsbeamten Galina Anatolevna Pyatykh, Irina Anatolyevna Ageeva, Irina Aleksandrovna Cherkasova, Mansur Mussaevich Soltaev, Muslim Magomedovich Khuchiev, und Olena Oleksandrivna Shapurova
- das Föderale Staatliche Bildungsinstitut Internationales Kinderzentrum Artek und sein Direktor Konstantin Albertowitsch Fedorenko, ein „Sommerlager“ auf der Krim, das angeblich ukrainische Kinder aufgenommen und in Umerziehungsprogrammen untergebracht hat;
- Zamid Alievich Chalaev, Kommandeur eines Spezialbataillons der Polizei im russischen Innenministerium;
- die Achmat-Kadyrow-Stiftung und eine ihrer Leiterinnen, Aymani Nesieвна Kadyrova, die angeblich von der Familie Kadyrow benutzt wird, um die „Umerziehung“ ukrainischer Kinder in Lagern in der Tschetschenischen Republik zu überwachen;
- Wladimir Wladislawowitsch Kowalenko, Mitglied des Vorstands der Jugendarmee der Patriotischen Volksbewegung für alle russischen Kinder und Jugendlichen, die angeblich ukrainische Schulkinder umerzieht
- Wladimir Dmitrijewitsch Nechaev, der von Russland ernannte Leiter der Staatlichen Universität Sewastopol auf der Krim, der angeblich ein Umerziehungsprogramm für ukrainische Kinder leitet.

[Imposing Sanctions and Visa Restrictions on Individuals and Entities Russia to Promote Accountability for Forced Transfer and Deportation of Children During Russia’s Illegal War Against Ukraine - United States Department of State](#)

-----



## **OFAC listet drei Unternehmen wegen Sanktionsumgehung**

Am 16. August hat das Office of Foreign Assets Control OFAC drei Einrichtungen neu sanktioniert, die angeblich mit einem Netzwerk zur Umgehung von Sanktionen in Verbindung stehen und versuchen, Waffengeschäfte zwischen Russland und Nordkorea zu unterstützen. Neu gelistet wurden:

- die in Russland ansässige Gesellschaft mit beschränkter Haftung Verus;
- die in Kasachstan ansässige Defense Engineering Limited Liability Partnership; und
- Versor S.R.O. mit Sitz in der Slowakei.

Die drei Unternehmen werden von dem bereits sanktionierten slowakischen Staatsbürger Ashot Mkrtichev kontrolliert, der angeblich die geplanten Waffengeschäfte zwischen Russland und Nordkorea organisiert hat.

[Treasury Sanctions Entities Tied to Arms Deals Between North Korea and Russia | U.S. Department of the Treasury](#)

-----

## **Sanktionen wegen illegaler Beschaffung**

Am 31. August erließ das Bureau of Industry and Security (BIS) eine Temporary Denial Order (TDO), mit der die Ausfuhrgenehmigungen von drei natürlichen und vier juristischen Personen ausgesetzt wurden, weil sie mutmaßlich Teil eines in Russland ansässigen illegalen Beschaffungsnetzes sind, das das russische Militär mit Mikroelektronik aus den USA versorgt:

Arthur Petrov, Zhanna Soldatenkova und Ruslan Almetov;

Astrafteros Technokosmos LTD, Ultra Trade Service LLC, Juzhoi Electronic LLC, und LLC Electrocom VPK.

Zur Durchführung des Plans erwarben die Personen über Astrafteros kontrollierte Mikroelektronik von in den USA ansässigen Elektronikexporteuren, wobei sie fälschlicherweise vorgaben, dass Astrafteros die Artikel für Brandschutzsysteme kaufte und dass die endgültigen Endnutzer und Bestimmungsorte der Elektronik Unternehmen in Zypern, Lettland oder Tadschikistan waren, während die Komponenten in Wirklichkeit für Electrocom VPK in Russland bestimmt waren, das das russische Militär beliefert.

[file \(doc.gov\)](#)

-----

## **Fall Deripaska: FBI-Agent bekennt sich schuldig**

Der ehemalige Special Agent in Charge (SAC) der FBI-Abteilung für Spionageabwehr in New York, Charles McGonigal, hat sich der Verschwörung zur Verletzung des International

Emergency Economic Powers Act (IEEPA) und der Geldwäsche schuldig bekannt. Dies berichtet Europeansanctions.com.

Die Straftaten stehen im Zusammenhang mit seiner Vereinbarung aus dem Jahr 2021, dem mit Sanktionen belegten russischen Geschäftsmann Oleg Deripaska Dienste zu leisten, indem er in seinem Namen gegen einen konkurrierenden Geschäftsmann ermittelte und dafür verdeckte Zahlungen erhielt.

Als FBI-Agent war McGonigal an einer Untersuchung beteiligt, die zur Sanktionierung von Deripaska führte.

[Office of Public Affairs | Former Special Agent in Charge of the New York FBI Counterintelligence Division Pleads Guilty to Conspiring to Violate U.S. Sanctions on Russia | United States Department of Justice](#)

## 6. Sanktionen weiterer Länder

---

### Georgien

#### Georgien stoppt offenbar Autoexporte nach Russland

Die Autoimporte aus Georgien nach Russland sollen im August praktisch zum Erliegen gekommen sein. Dies berichtet das russische Nachrichtenportal Autonews befragte Marktteilnehmer. Zwischen Januar und Juli hatte der Kaukasus-Staat nach Angaben seines Finanzministeriums noch Fahrzeuge im Wert von fast 1,18 Milliarden US-Dollar nach Russland ausgeführt, 217 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Seit dem 1. August ist es in Georgien verboten, Fahrzeuge US-amerikanischer Hersteller nach Russland zu verkaufen. Am 26. September soll zudem ein Exportverbot für europäische Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor und mindestens 1,9 Liter Hubraum sowie für alle Hybrid- und Elektrofahrzeuge in Kraft treten.

[Поставки машин в Россию через Грузию прекратились до вступления в силу полного запрета :: Autonews](#)

### Großbritannien

#### Millionen-Strafe für Sanktions-Missachtung

Ein namentlich nicht genanntes Unternehmen aus Großbritannien wurde nach Angaben des britischen Office of International Sanctions Implementation OFSI im August mit einer Strafe in Höhe von einer Million britischer Pfund für das Brechen von Russland-Sanktionen belegt.

[NTE 2023/17: a compound settlement - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

Gleichzeitig beließ es das OFSI in einem minderschweren Fall bei einer Veröffentlichung und verzichtete auf eine Geldstrafe. Dieser Fall betrifft die Bank Wise Payments Limited.

Im Juni 2022 wurde von einem Geschäftskonto bei Wise, das sich im Besitz oder unter der Kontrolle einer im Rahmen der Russland-Verordnungen benannten Person befand, eine Barabhebung von 250 englischen Pfund vorgenommen. Indem er die Abhebung zuließ, verstieß Wise gegen die Russland-Verordnungen.

Das OFSI hielt die damalige Politik von Wise in Bezug auf Debitkartenzahlungen nicht für angemessen, erkannte jedoch mildernde Faktoren an, darunter den geringen Wert des Verstoßes, die freiwillige Offenlegung des Verstoßes, die vollständige Beantwortung von Auskunftersuchen, keine Hinweise auf eine vorsätzliche Umgehung von Sanktionen und die von Wise nach dem Verstoß ergriffenen Abhilfemaßnahmen.

[Wise Payments Limited Disclosure Notice 31AUGUST23.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

## Japan

### Sanktionen im Energiesektor werden zurückgeschraubt

Japanische Unternehmen dürfen ab 30. September wieder bestimmte Bau- und Engineering-Dienstleistungen in Russland anbieten, dies berichtet die AHK Moskau in ihrem Energie-Newsletter unter Berufung auf eine Verlautbarung des japanischen Finanzministeriums und Berichten in der russischen Wirtschaftszeitung Vedomosti. Das Finanzministerium in Tokio habe Projekte, „die für Energiesicherheit wichtig sind“, von dem zuvor verhängten Dienstleistungsverbot ausgenommen. Konkret gehe es um Erkundung, Förderung, Verflüssigung, Lagerung und Transport von Erdöl und Erdgas für die Projekte Sachalin I, Sachalin II und Arctic LNG-2. Das japanische Firmenkonsortium Sodeco (Japex, ITOCHU, Marubeni und Inpex) hält 30 Prozent an Sachalin II. Seine Partner sind das indische Unternehmen ONGC (20 Prozent) und der russische Staatskonzern Rosneft. Der dritte Beteiligte, der US-Mineralölkonzern ExxonMobil, gab im März 2022 seinen Ausstieg aus dem Projekt bekannt. Am Projekt Sachalin II sind die japanischen Firmen Mitsui und Mitsubishi mit 12,5 Prozent bzw. 10 Prozent beteiligt. Mehrheitseigner ist der russische Staatskonzern Gazprom mit 50 Prozent plus einer Aktie. Weitere 27,5% minus eine Aktie gehören dem britisch-niederländischen Mineralölunternehmen Shell, das seinen Ausstieg aus dem Projekt angekündigt hat.

## Kanada

### Ausweitung der Russland-Sanktionen

Am 23. August hat Kanada vier Personen und 29 Einrichtungen sanktioniert, die Verbindungen zum militärisch-industriellen Komplex sowie zum Finanz- und Nuklearsektor Russlands haben:

- Sergej Borissowitsch Muchkajew, Oberst der russischen Streitkräfte, den Global Affairs Canada mit dem Abschuss des Fluges MH17 der Malaysia Airline über der Ukraine in Verbindung bringt
- die russischen Geschäftsleute Wladimir Nikolajewitsch Lepin, Nikolaj Alexandrowitsch Kolesow und Alexej Gennadiewitsch Komissarow
- Unternehmen, die für die Entwicklung von Produkten für zivile und militärische Zwecke verantwortlich sind, z. B. für die Luftfahrt, die Schifffahrt und spezielle nukleare Ausrüstung.

[Canada announces additional sanctions against Russia's military and nuclear sectors - Canada.ca](#)

## Neuseeland

### Ausweitung der Russland-Sanktionen

Neuseeland hat 19 weitere Personen und 2 Einrichtungen auf seine Russland-Sanktionsliste gesetzt, darunter:

- 13 Personen, die an der Zwangsumsiedlung ukrainischer Kinder beteiligt waren;
- 5 Personen und 2 Einrichtungen, die an der angeblichen Verbreitung von Desinformationen im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine beteiligt waren
- eine Person, die am angeblichen Diebstahl ukrainischer Kulturgüter beteiligt war.

Eine vollständige Liste der sanktionierten Personen und Einrichtungen ist im neuseeländischen Russland-Sanktionsregister zu finden.

[Latest updates | New Zealand Ministry of Foreign Affairs and Trade \(mfat.govt.nz\)](https://www.mfat.govt.nz/latest-updates)

## Schweiz

### Schweiz übernimmt große Teile der EU-Sanktionen

Der Schweizer Bundesrat hat am 16. August beschlossen, sich dem 11. Sanktionspaket der Europäischen Union gegen Russland anzuschließen, wie Euractiv berichtet. Damit folgt die Schweiz dem Sanktionskurs der EU. Bereits im Juni hatte die Schweiz das EU-Sanktionspaket teilweise umgesetzt, indem sie über hundert russische natürliche und juristische Personen auf eine schwarze Liste setzte. Weitere Maßnahmen sind inzwischen in Kraft getreten. Laut einer Erklärung des Schweizer Bundesrates umfasst dies ein Verbot der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und von Gütern, die zur militärischen und technischen Aufrüstung Russlands beitragen. Hiervon sind 87 Unternehmen betroffen, darunter auch Unternehmen aus Drittländern, die solche Güter an Russland geliefert haben.

Darüber hinaus wird die Liste der Güter, deren Ausfuhr nach und Durchführung durch Russland verboten ist, erweitert. Auch der Verkauf von Rechten an geistigem Eigentum und Geschäftsgeheimnissen im Zusammenhang mit den sanktionierten Gütern an Russland wird verboten.

[Schweiz schließt sich elftem EU-Sanktionspaket gegen Russland an – EURACTIV.de](https://www.euractiv.com/de/news/schweiz-schliesst-sich-elftem-eu-sanktionspaket-gegen-russland-an)

Die Schweiz weitet das Verbot des Verkaufs von Wertpapieren, die in Schweizer Franken oder der offiziellen Währung der EU-Mitgliedstaaten denominiert sind, auf russische Bürger und juristische Personen des Finanzsektors aus.

Die Schweiz hat sich zudem auch den Sanktionen gegen Strafvollzugsbeamte, Richter, Staatsanwälte, Ermittlungsbeamte, Fernsehmoderatoren und staatliche Einrichtungen in Belarus durch die EU angeschlossen.

[Belarus Delta 2023-08-14.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

Am 30. August 2023 hat die Schweiz auch die jüngsten Sanktionen von Strafvollzugsbeamten, Richtern, Staatsanwälten, Ermittlungsbeamten, Fernsehmoderatoren und staatlich kontrollierten Einrichtungen in Belarus durch die EU übernommen.

Die Schweiz beschloss dagegen, die EU-Sanktionen von Mitgliedern der russischen Justiz und Strafvollzugsbeamten, die mutmaßlich mit den Fällen Navalny und Kara-Murza in Verbindung stehen, nicht zu übernehmen. Der Schweizer Bundesrat begründete seine Entscheidung mit „verschiedenen außenpolitischen und rechtlichen Kriterien“.

[Ukraine: Switzerland implements new sanctions against Belarus \(admin.ch\)](#)

[Thematic sanctions: Federal Council to pursue current practice \(admin.ch\)](#)

## 7. Blick über den Tellerrand

---

### **Schweiz richtet eigene Sanktionsabteilung ein**

Im Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft wird eine eigene Abteilung für Exportkontrollen und Sanktionen geschaffen.

Ab dem 1. September 2023 werden die Bereiche Sanktionen, Rüstungskontrolle und Rüstungskontrollpolitik, Exportkontrolle von Industrieprodukten und Exportkontrollpolitik Dual-Use aus dem bisherigen Bereich der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ausgegliedert und unter einer eigenen Leitung zusammengefasst.

Die Schaffung der neuen Abteilung spiegelt die wachsende Bedeutung wider, die die europäischen Regierungen den Sanktionen und der Exportkontrolle beimessen. Norwegen hat vor kurzem angekündigt, dass es ebenfalls eine eigene Agentur für Sanktionen und Ausfuhrkontrolle schaffen will.

[SECO stärkt Exportkontrollen und Sanktionen \(admin.ch\)](#)

## 8. Termine

---

### **18. September 2023: Hybride Sitzung des Länderarbeitskreises Russland in Berlin**

Am 18. September 2023 findet von 11:00 bis 12:30 Uhr die nächste Sitzung des Ost-Ausschuss-Länderarbeitskreises Russland unter Leitung von Dr. Stephan Eder, Executive Vice President Europe & Germany bei STADA und Länderarbeitskreissprecher Russland des Ost-Ausschusses, statt. Die Sitzung findet im Hybriden-Format in den Räumlichkeiten des Ost-Ausschusses statt. Bitte beachten Sie, dass die Zahl der Teilnehmer begrenzt ist und eine Teilnahme nur nach Bestätigung durch den Ost-Ausschuss möglich ist. Eine Online-Teilnahme ist auf jeden Fall möglich.

Das Angebot zur Teilnahme richtet sich grundsätzlich an Mitglieder des Ost-Ausschusses. Sollten Sie Interesse an der Teilnahme haben, wenden Sie sich gerne an Dr. Christiane Schuchart, [c.schuchart@oa-ev.de](mailto:c.schuchart@oa-ev.de)

### **24. Oktober 2023: 6. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum in Berlin**

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) und die der Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine) organisieren gemeinsam mit ukrainischen Partnerorganisationen am 24. Oktober 2023 das 6. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum. Das Forum findet voraussichtlich ab 10:00 Uhr bis ca. 17:00 Uhr MESZ im Haus der Deutschen Wirtschaft; Breite Str. 29, 10178 Berlin, statt.

Deutsche und ukrainische Unternehmensvertreter werden gemeinsam mit hochrangigen politischen Entscheidungsträgern die Einbindung der Wirtschaft beim EU-Annäherungskurs der Ukraine, bei Themen des Wiederaufbaus und für künftige gemeinsame Geschäftsfelder diskutieren. Wir freuen uns, dass mit Bundeskanzler Olaf Scholz und dem Premierminister der Ukraine, Denys Schmyhal, die Regierungschefs beider Länder das Forum eröffnen. Bitte merken Sie sich den Termin bereits jetzt vor. Eine Einladung für Ost-Ausschuss-Mitglieder wird im September versandt. Weitere Informationen:

Stefan Kägebein  
Regionaldirektor Osteuropa  
T. +49 30 206167-113  
[S.Kaegebein@oa-ev.de](mailto:S.Kaegebein@oa-ev.de)

Alena Akulich  
Leiterin  
Service Desk Ukraine  
T. +49 30 206167-129  
[A.Akulich@oa-ev.de](mailto:A.Akulich@oa-ev.de)



## 9. Tipps & Links

---

Am 30. August erschien eine **neue Gesamtübersicht aller Sanktionen der EU und der USA gegen Russland**, sowie der russischen Gegensanktionen mit Suchfunktion. Das über 600 Seiten starke Dokument wurde von der Wirtschaftskammer Österreichs erstellt und ist als Download verfügbar:

[Programm Inlandsveranstaltung ohne Titelblatt \(wko.at\)](#)

**SWP-Analyse zum Thema deutsche Russlandpolitik**, von Susan Steward:  
[2023A34\\_DeutscheRusslandpolitik.pdf \(swp-berlin.org\)](#)

### **Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:**

Alle bisherigen **EU- Sanktionspakete** in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

-----

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

-----

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 12.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

-----

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

-----

### **FAQ der EU zu den Sanktionen:**

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Aktuelle Entwicklungen bei den FAQ können Sie über diese Seite verfolgen:  
Frequently asked questions - Sanctions against Russia (europa.eu)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail - Consilium (europa.eu)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „Make it in Germany“ unter dem Link Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften (make-it-in-germany.com) abrufbar.

**Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:**  
Russland - Ukraine - AGA-Portal (agaportal.de)

**Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen**  
BAFA - Russland

### **Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eu\\_833\\_2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

### **GTAI-Sanktionsübersicht**

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor:  
[Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

### **AEB: Sanktionsübersicht**

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

### **AHK Belarus Krisenhotline**

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

-----

### **Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine**

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

-----

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

**Haftungsausschluss:**

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

## Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Andreas Metz  
Leiter Public Affairs  
T. +49 (0)30 206167-120  
[A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss